

10 / 10 / 11 / 12

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

RADSCHAFTEN

OTEN

Wehrhafte Demokratie – Innenminister verbietet rechtsextremistische Kameradschaften

BLAUE UNIFORM > UMSTELLUNG KOMPLETT /// **BACHELOR-STUDIUM** > REFORM ERFOLGREICH

Wir stehen den Neo-Nazis auf den Springerstiefeln.

Ralf Jäger

Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Foto: MIK NRW

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bedrohung, die von rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen in unserem Land ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Doch nicht erst seit den lange verborgen gebliebenen Morden des »Nationalsozialistischen Untergrund« und den widerlichen Aufmärschen rechtsradikaler Gruppierungen ist uns die Gefahr für die Demokratie und die Gefahr für Leib und Leben unserer Mitbürger bewusst. Wir haben die rechte Szene klar im Blick und wir schlagen mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Am 23. August habe ich drei rechtsextremistische Vereinigungen, die »Kameradschaft Aachener Land«, die Vereinigung »Nationaler Widerstand Dortmund« und die »Kameradschaft Hamm«,

verboten und aufgelöst. Mit Bezug auf unsere Ermittlungen und unser Verbot konnte in Dortmund der Aufmarsch rechter Gruppierungen zum sogenannten »Antikriegstag« ebenfalls verboten werden. Die Entscheidung zum Versammlungsverbot wurde von den Gerichten bestätigt. Mit Genugtuung und Erleichterung kann ich feststellen, dass wir damit der rechtsextremistischen Szene in NRW einen harten Schlag versetzt haben. Es ist uns gelungen, wichtige Strukturen zu zerschlagen. Wir tun alles, um Extremisten den Nährboden für ihre unerträgliche Hetzerei zu entziehen. Die Demokratie stellt unter Beweis, dass sie wehrhaft ist.

Der Erfolg ist vor allem das Ergebnis der sehr guten Zusammenarbeit der nordrhein-westfälischen Polizei und des Verfassungsschutzes. Die Kolleginnen und Kollegen haben in den vergangenen Monaten intensiv die Verbotsverfügungen vorbereitet. In akribischer Kleinarbeit haben sie Fakten gesammelt, Berichte und Informationen bewertet und alles zu einer schlüssigen Begründung zusammengefasst. Das belegt, wie effektiv die Sicherheitsbehörden in NRW gemeinsame Ziele verfolgen. Nur so war und ist es möglich, schnell und entschieden gegen rechtsextremistische Netzwerke in NRW vorzugehen.

Und ich erkläre es noch einmal ganz deutlich: Wir werden nicht aufhören und nicht nachlassen. Auch weiterhin werden

wir gegen verfassungsfeindliche Rechtsextremisten vorgehen und ihnen auf die Springerstiefel treten. Wir werden auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um den braunen Sumpf auszutrocknen. Vereinsverbote und die konsequente Verfolgung von Straftaten der Rechtsextremisten sind dabei genauso wichtig wie eine verstärkte politische Aufklärung und der Ausbau unseres Aussteiger-Programms.

Wir verteidigen die demokratischen Grundprinzipien, damit die Menschen in NRW friedlich zusammenleben können. Das habe ich angekündigt, danach handle ich!

Ihr Ralf Jäger

INHALT

- 02 __ Editorial
- 55 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Die Demokratie zeigt, dass sie wehrhaft ist** NRW-Innenminister verbietet drei rechtsextremistische Organisationen
- 06 __ **Die rechtsextremistische Szene ist völlig verunsichert** Die Verbote der Kameradschaften zeigen Wirkung
- 08 __ **Verbote stärken demokratischen Widerstand** Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
- 10 __ **Verbote schwächen die Neonazi-Szene** Reaktion auf die Verbotsverfahren
- 11 __ **Die Polizei nutzt Facebook und Twitter** Einsatzkommunikation der Polizei Dortmund

EINSATZ

- 13 __ **Von Kopf bis Fuß neu eingekleidet** Im PBC laufen alle Fäden zusammen
- 16 __ **Praktisch, modisch und ganz in Blau: Die neue Polizeiuniform** Sicherheit, Arbeitsschutz und Tragekomfort
- 18 __ **Gemeinsam für mehr Sicherheit** Nationales Konzept für Sport und Sicherheit
- 19 __ **Schnellste Unterstützung kommt aus der Luft** Jubiläum: 50 Jahre Fliegerstaffel der Polizei in NRW
- 24 __ **Von den Anfängen bis zur Gazelle** Die Aufbaujahre der Fliegerstaffel im Spiegel der »Streifen«
- 26 __ **Die ersten Tage in Kabul** Die Tücken des Lebens in der afghanischen Hauptstadt

VERKEHR

- 28 __ **Tod eines Motorradfahrers** Oberärztin Kerstin Mierau aus Paderborn berichtet

KRIMINALITÄT

- 31 __ **Letzte Chance für Jugendliche** »Kurve kriegen« im Polizeipräsidium Bielefeld

- 32 __ **Genau hinsehen bei islamistischem Terrorismus** Ein Schulungsvideo klärt auf
- 33 __ **Auf den Spuren der Laute** Sprechererkennung beim LKA NRW
- 36 __ **Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in der Türkei** Ein Twinning-Projekt der Europäischen Union

PERSONALIEN

- 38 __ **Nichts motiviert so sehr, wie gemeinsam zu lachen** LKD Dieter Schürmann im Portrait
- 39 __ **Frank Richter ist neuer Polizeipräsident in Hagen** Polizist und Gewerkschafter

PRISMA

- 40 __ **Verabschiedung Masterstudiengang 2010-2012**
- 41 __ **Theorie und Praxis finden zueinander** Bachelor-Studiengang mit neuen Strukturen
- 44 __ **Alle waren in einem konstruktiven Prozess verbunden** Sieben Jahre Zeit für sinnvolle Weiterentwicklungen
- 46 __ **Theorie, Training und Praxis** Die Abfolge stand nie zur Disposition
- 47 __ **Lernen in realistischen Szenarien** Das Praxistraining beim LAFP NRW in Selm-Bork
- 48 __ **Wir sorgen für einen hohen Praxisbezug** Neuer Studiengang wurde bürokratisch entschlackt
- 49 __ **Die Praxis steht im Vordergrund** Der Aufwand bei den Prüfungen wird verringert
- 50 __ **Lachen Helfen** Initiative deutscher Soldaten und Polizisten
- 52 __ **Körperlich fit und sportlich engagiert** Erfolge bei Europa- und Landesmeisterschaften

PREISRÄTSEL

- 54 __ **SOAP – The Show** Ein erfrischend-akrobatisches Badewannenspektakel



Foto: Jochen Tack

04 WEHRHAFTHE DEMOKRATIE – RECHTSEXTREMISTISCHE KAMERADSCHAFTEN VERBOTEN



Foto: Jochen Tack

13 BLAUE UNIFORMEN – UMSTELLUNG KOMPLETT



Foto: Jochen Tack

41 BACHELOR STUDIUM – REFORM ERFOLGREICH



»Die Demokratie zeigt, dass sie wehrhaft ist« NRW-Innenminister verbietet drei rechtsextremistische Organisationen

Es war der umfangreichste Schlag gegen Rechtsextreme der vergangenen Jahre. Nordrhein-Westfalen zeigt im Sommer dieses Jahres, am 23. August, klare Kante. In einer sorgfältig vorbereitete Aktion rücken an diesem Donnerstag um sechs Uhr rund 900 Polizistinnen und Polizisten zu einem Großeinsatz gegen Neonazis aus und durchsuchen parallel 93 Wohnungen und Vereinsheime in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna, sowie 48 Wohnungen in Aachen, Düren und Heinsberg.

Die Großrazzia, mit der vereinsrechtliche Verbote umgesetzt wurden, richtete sich gegen drei Kameradschaften, die in der Vergangenheit wiederholt durch rechtsextremistische und gewalttätige Aktionen aufgefallen waren. Bei der Razzia wurde das gesamte Vereinsvermögen beschlagnahmt. Außerdem stellen die Ermittler bei den Durchsuchungen Schusswaffen, Schlagringe, Springmesser, Eisenrohre, Baseballschläger, einen Morgenstern, eine Zwille und Pfefferspray sicher. Diese Funde runden das Bild ab, das die schon vor der Razzia zusammengetragenen Beweise ergeben haben und die bereits Grund genug waren, um die drei rechtsextremen Organisationen, die »Kameradschaft Aachener Land«(KAL), den »Nationalen Widerstand

Dortmund« und die »Kameradschaft Hamm« von Amts wegen zu verbieten und die Organisationen zu zerschlagen.

Ein klares Zeichen an die rechte Szene

Das Zeichen soll keinen Spielraum für Interpretationen zulassen: Zum einen ist es ein klares Bekenntnis dazu, dass Nordrhein-Westfalen keine rechtsextremistischen Aktivitäten im Lande duldet, zum anderen ein Zeichen dafür, dass Verfassungsschutz und Polizei bei der Bekämpfung von Organisationen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, ebenso eng wie erfolgreich zusammenarbeiten. Die klare Botschaft des Innenministeriums: Wir tun alles, um die Demokratie vor rechtsradikalen Aktivitäten zu schützen.

Das Innenministerium NRW, zuständig für das Verbotsverfahren gegen die drei Vereine, hatte im Vorfeld der Razzia darauf gedrungen, dass alle belastenden Erkenntnisse über die Organisationen und deren Mitglieder sorgfältig gesammelt und ausgewertet wurden. »Wir wollten absolut alles Notwendige dafür tun, dass unsere Verbotsverfügungen auch einer richterlichen Überprüfung im Fall eines Klageverfahrens standhalten werden«, so Innenminister Ralf Jäger.



Fotos (3): picture alliance



In einer sorgfältig vorbereiteten Aktion durchsuchten rund 900 Polizistinnen und Polizisten parallel 93 Wohnungen und Vereinsheime der Neo-Nazis in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna sowie 48 Wohnungen in Aachen, Düren und Heinsberg.

Dieser gab wegen des großen Medieninteresses noch während der Durchsuchungen eine Erklärung gegenüber der Presse ab, zumal mannigfaches Beweismaterial aufgefunden wurde. Er lobte das Engagement der Beamtinnen und Beamten: »Die Kollegen haben in den vergangenen Monaten intensiv die heutigen Verbotsverfügungen vorbereitet. In akribischer Kleinarbeit haben sie Fakten gesammelt, Berichte und Informationen bewertet und alles zu einer schlüssigen Begründung zusammengefasst. Das belegt, wie effektiv die Sicherheitsbehörden in NRW gemeinsame Ziele verfolgen. Nur so ist es möglich, schnell und entschieden gegen rechts-extremistische Netzwerke in NRW vorzugehen.«

Ohne alle Häme und ohne einen falschen Unterton unterstrich Jäger in seiner Erklärung den rechtsstaatlichen Anspruch und die Bedeutung des Vereinsverbotes für die Demokratie im Land: »Damit haben wir der rechtsextremistischen Szene in NRW einen harten Schlag versetzt. So haben wir drei große Löcher in das rechtsextremistische Netzwerk in NRW gerissen. Es ist uns gelungen, wichtige Strukturen zu zerschlagen.«

Viele rechtsextremistische Gewalttaten in NRW

Dass ein solches Vorgehen gegen den Rechtsextremismus auf der Tagesordnung stand, lässt sich übrigens kaum aus der öffentlichen Empörung gegenüber den Morden des sogenannten NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) oder der für den 1. September angemeldeten Demonstration zum »Antikriegstag« in Dortmund ableiten, sondern es hat sich als Reaktion auf die deutliche Zunahme rechtsextremer Gewalt in Nordrhein-Westfalen aufgedrängt.

»Die Mitglieder und Unterstützer der verbotenen Vereinigungen lehnen unsere Demokratie und die geltende Rechtsordnung ab«, sagte Jäger. »Alle ihre Aktionen sind darauf gerichtet, unsere demokratische Gesellschaftsordnung zu untergraben«, begründete der Minister das Verbot. »Diese Kameradschaften sind fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch.«

Zwischen 4.000 und 5.000 Strafverfahren leiteten die Behörden in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren jeweils ein. Für das Jahr 2011 wurde mit 3.015 Straftaten der dritthöchste Wert für rechte Kriminalität in NRW in den vergangenen zehn Jahren registriert. Lag die öffentliche Aufmerksamkeit bei diesem Thema in der Vergangenheit vorzugsweise bei den neuen Bundesländern, so muss man konstatieren, dass nirgendwo in Deutschland mehr Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund begangen werden als in Nordrhein-Westfalen.

Das Verbotsverfahren gegen die drei Kameradschaften am 23. August kam dem neuen Polizeipräsidenten in Dortmund gerade recht. Denn mit Bezug auf die in Dortmund tätige Kameradschaft hielt er gute und juristisch belastbare Argumente in Händen, um den Aufmarsch der Neonazis in Dortmund zum sogenannten »Antikriegstag« in diesem Jahr zu untersagen und ein Versammlungsverbot zu erlassen. In den vergangenen Jahren war es gerade bei diesen Aufmärschen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.

Das durch die Polizei in Dortmund erteilte Demonstrationsverbot wurde zwischenzeitlich durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Dies wurde nicht nur in Dortmund, sondern auch im Düsseldorfer Innenministerium mit großer Genugtuung aufgenommen. /// **Jörg Bockow**



Burkhard Freier

Die rechtsextremistische Szene ist völlig verunsichert Die Verbote der Kameradschaften zeigen Wirkung

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hat entscheidende Hinweise für das Vereinsverbot der drei rechtsextremistischen Gruppierungen »Kameradschaft Aachener Land« (KAL), »Nationaler Widerstand Dortmund« und »Kameradschaft Hamm« geben können. Die »Streife« sprach mit Burkhard Freier, der seit August dieses Jahres neuer Leiter des NRW-Verfassungsschutzes ist.

Streife: Herr Freier, wie kamen die jetzt verbotenen rechtsextremistischen Kameradschaften unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes?

Freier: Diese Gruppierungen waren gefährlich. Wir stellten fest, dass es ihnen immer wieder gelingt, Jugendliche in ihre Fänge zu ziehen. Als Verfassungsschutz werden wir bei allen verfassungsfeindlichen Äußerungen und Aktivitäten im Land hellhörig. Dann beginnen wir regelmäßig mit unseren Recherchen und Beobachtungen, um systematisch Informationen zu sammeln und diese dann auszuwerten. Diese rechtsextremistischen Kameradschaften hatten wir schon seit Jahren im Blick. Zusammen mit der bereits im Mai verbotenen »Kameradschaft Walter Spangenberg« in Köln waren sie die wichtigsten und gewaltbereitesten in NRW.

Sie waren uns und der Polizei durch ihre menschenverachtenden, ausländerfeindlichen und antisemitischen Äußerungen, ihre Gewaltbereitschaft und die entsprechenden Straftaten wiederholt aufgefallen. Das aktuell vollzogene Vereinsverbot begründet sich auf dem erkennbaren inneren Zusammenhalt der Gruppen. Es gab regelmäßige Treffen, an denen immer wieder die gleichen Leute teilgenommen haben, und man gab sich in der Öffentlichkeit durch Symbole als Verein sowie durch identitätsstiftende Aktionen wie Aufmärsche und Demonstrationen als Sympathisanten einer nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Für uns besteht kein Zweifel, dass es sich bei den Kameradschaften um Gruppen mit vereinsähnlichen Strukturen handelte, die eindeutig verfassungsfeindliche Ziele verfolgten. Diese Fakten begründeten das Vereinsverbotsverfahren.

Streife: Wie stößt der Verfassungsschutz überhaupt auf die entsprechenden Hinweise zu den sehr geschlossenen Gruppierungen wie bei den Kameradschaften? Was gibt den Anstoß zu einer systematischen Beobachtung?

Freier: Bei den Kameradschaften haben wir Informationen aus verschiedenen Quellen bekommen und dann systematisch gesammelt bis wir von den inneren Strukturen, den konkreten Aktivitäten und den handelnden Personen ein genaues Bild hatten. Es gab auch Hinweise aus der Bevölkerung. Gerade menschenverachtende und ausländerfeindliche Äußerungen werden sehr sensibel wahrgenommen und den Behörden gemeldet. Darüber hinaus bekommen wir sämtliche Informationen der Polizei zu politisch motivierten Straftaten. Polizei und Verfassungsschutz haben sehr gut zusammengearbeitet. Wir sind selbst unterwegs, um Belege und Beweise zu sammeln. Das Darstellungsbedürfnis solcher Gruppierungen kommt uns dabei entgegen: Die Embleme und Symbole sind gut zu identifizieren, außerdem äußert man sich auch gerne und ganz ungeniert im Internet. Bei unseren Internetrecherchen stoßen wir dann auf solche Hinweise.

Streife: Wie lange hat der Verfassungsschutz das konkrete Vereinsverbot der Kameradschaften und die Zerschlagung der Organisationen vorbereitet?

Freier: Die Beobachtung der Kameradschaften erfolgte schon seit Jahren. Dabei hatten wir die Aktivitäten von den verborgenen Treffen bis hin zu den gewaltbereiten Aufmärschen im Blick. Das konkrete Verbotsverfahren, das bei den drei Kameradschaften im August vollzogen wurde, ist von Polizei und Verfassungsschutz über einige Monate vorbereitet worden. Es handelt sich also um keine Ad-hoc-Entscheidung, sondern es war ein längerer Prozess mit viel aufwändiger Kleinarbeit. Wir mussten ihnen nicht nur die verfassungsfeindlichen Ziele, sondern die vereinsähnlichen Strukturen hieb- und stichfest nachweisen. Das Verbot ist eine vereinsrechtliche Maßnahme, sie muss einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung standhalten.

Streife: Als Außenstehender fragt man sich nach so vielen offenkundigen Straftaten und gewaltsamen Auftritten, warum es so lange dauert, bis ein Verbotsverfahren durchgesetzt wird?

Freier: Letztlich ist das Vereinsverbot der letzte Schritt in einem langen Beobachtungs- und Auswertungsprozess. Es muss sehr sorgfältig vorbereitet werden, denn das Innenministerium NRW will eine rechtlich unangreifbare Entscheidung treffen. Als Verfassungsschutz stellen wir für die Entscheidung und die anschließenden polizeilichen Maßnahmen die entsprechenden Informationen bereit. Dazu müssen in enger Abstimmung mit der Polizei auch zu jedem der handelnden Rechtsextremisten Erkenntnisse zu seiner Rolle und Funktion in der Kameradschaft zusammengeführt werden.

In ein Vereinsverbotsverfahren fließen im Übrigen dann auch die zahlreichen Straftaten ein, die zwar nicht zu einer strafgerichtlichen Verurteilung geführt haben, weil z. B. die verübte Körperverletzung nicht genau dem einen Kameradschaftsmitglied zuzuordnen war. Hier führen wir dann die Taten im Einzelnen auf. Ein eingestelltes Strafverfahren kann in einem Vereinsverbotsverfahren von Bedeutung sein. Und genau die Sammlung verschiedenster Beweise, Straftaten wie eingestellte Verfahren, Treffen und Teilnahme an gewalttätigen Aktionen ist es, die ein Verbotsverfahren so zeitaufwändig machen. Ich sollte vielleicht noch einmal unsere Aufgabe klarstellen: Wir selbst werden nicht nach außen hin aktiv. Wir sammeln die notwendigen Informationen und Belege, geben Hinweise, um Entscheidungen zu treffen, und wir klären über verfassungsfeindliche Aktivitäten im Land auf. Am Tag des Verbotsverfahrens selbst stehen wir nicht nur bildlich an der Seite der Polizei und liefern – falls notwendig – noch Informationen nach, falls die Gerichte vor dem Erlass des Beschlusses eventuell noch weiteres Beweismaterial anfordern.

Streife: Was hat in den aktuellen Fällen den Ausschlag gegeben?

Freier: Zum einen die Einschätzung, dass wir genügend aktuelle und gerichtsverwertbare Erkenntnisse für ein Verbot hatten und zum anderen, dass das Maß mit fast 600 Straftaten, beispielsweise bei der »Aachener Kameradschaft«, voll war. Wir waren uns im Frühjahr dieses Jahres unserer Sache sicher, dass wir die erforderlichen Belege beisammen hatten. Noch einmal: Die Messlatte für ein Verbotsverfahren liegt hoch. Und wir wollten absolut sicher sein, dass der erste Schlag sofort sitzt.

Streife: Welchen Sinn hat ein Verbotsverfahren, wenn zu befürchten ist, dass sich die handelnden Personen neu organisieren oder unter andere Strukturen flüchten?

Freier: Wir haben die Strukturen und auch die wirtschaftliche Basis der Organisationen nachhaltig zerschlagen. Es wird den handelnden Personen erheblich schwerer gemacht, sich erneut in den alten Strukturen zu organisieren. Tatsächlich können wir neue Organisationsversuche mit dem Bezug auf das Verbot als »Ersatzorganisation« unmittelbar unterbinden. Außerdem stellen wir fest, dass die Szene verunsichert ist. Das merken wir auch daran, dass es eine deutliche Zunahme von Interessenten bei unserem Aussteiger-Programm gibt. Und, was ebenfalls eine große Bedeutung hat: Die Zivilgesellschaft stellt fest, dass wir auf ihrer Seite

sind. Die Polizei kann – wie in Dortmund – einen Aufmarsch der Kameradschaften zum »Antikriegstag« verhindern. Das macht vielen Mut, nun auch ihrerseits weiter gegen Rechtsextremisten vor Ort einzustehen.

Streife: Wie war beim Verbotsverfahren der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Staatsschutz und Polizei?

Freier: Die Zusammenarbeit war und ist gut. In Nordrhein-Westfalen gibt es auf allen Ebenen einen regelmäßigen und umfassenden Informationsaustausch.

Streife: Gibt es auf Grund der sichergestellten Beweismittel schon neue Erkenntnisse?

Freier: Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Unterlagen gesichtet und ausgewertet worden sind. Schon jetzt wird deutlich, dass es weitere eindeutige Hinweise auf eine enge Verbindung zwischen den Kameradschaften und der NPD gibt – so wie wir dies im Vorfeld bereits dargelegt hatten.



Polizeipräsident Klaus Oelze präsentierte sichergestellte Waffen und Propagandamaterial der »Kameradschaft Aachener Land« .

Streife: Wie bewerten Sie abschließend das Verbotsverfahren der Kameradschaften?

Freier: Als einen großen Erfolg. Uns ist dank einer hervorragenden Vorbereitung ein bedeutsamer Schlag gegen die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen gelungen. Wir haben bei uns ein Zeichen gesetzt, und wir haben den Aktionsrahmen für einen wesentlichen Teil der gewaltbereiten und gewalttätigen Rechtsextremisten nachhaltig gestört.

Wir gehen in Nordrhein-Westfalen von über 600 gewaltbereiten Rechtsextremisten aus, die uns bekannt sind und die wir im Blick haben. Durch das Vereinsverbot haben wir die in der Szene besonders vernetzten und aktiven Mitglieder in ihrer Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. In Dortmund waren es 62 Mitglieder, in Aachen 46, in Hamm 25 und bei der Kameradschaft Walter Spangenberg in Köln 14. Das macht der Szene unmissverständlich klar, dass wir an ihr dran sind – und weiter handeln werden. ///

Jörg Bockow



Antifa-Camp auf der Dortmunder Kampstraße

Verbote stärken demokratischen Widerstand Erleichterung in Dortmund nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Mit dem Verbot rechtsextremistischer Organisationen durch NRW-Innenminister Ralf Jäger und den vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Demonstrationsverboten gegen Neonazis durch den Dortmunder Polizeipräsidenten Norbert Wesseler ist den Sicherheitsbehörden in einer konzertierten Aktion ein entscheidender Schlag gegen Verfassungsfeinde gelungen.

Diese harte Gangart hat den zivilen Widerstand in der Stadt ermutigt. Die wie in jedem Jahr erwarteten Krawalle von militanten Nazi-Gegnern blieben beim »Antikriegstag« am 1. September dieses Jahres aus. Einen Tag vor dem geplanten Großeinsatz mit rund 3.000 Polizistinnen und Polizisten aus ganz Deutschland klingelte im Polizeipräsidium um 12.56 Uhr das Telefon bei Martin Mette, dem Sachgebietsleiter für rechtliche Angelegenheiten. Eine Schriftführerin des Bundesverfassungsgerichts

in Karlsruhe übermittelte eine für Dortmund erfreuliche Nachricht: Das höchste deutsche Gericht hat das Verbot der Versammlung durch die Polizei bestätigt.

Die Nachricht verbreitete sich in den folgenden Minuten wie ein Lauffeuer. Nicht nur im Präsidium, das wegen eines Antifa-Camps und verschiedener Propagandaaktionen von Neonazis schon seit Tagen einen Großeinsatz vorbereitet, sondern auch in den Medien: Die Internetseiten der Lokalzeitungen und soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter verbreiteten den Karlsruher Beschluss schnell. Dass er diesmal positiv ausfiel, daran hatte der Dortmunder Polizeipräsident Norbert Wesseler niemals gezweifelt. Wesseler, gerade einmal acht Monate im Amt, hatte in den vier Tagen seit seinem Demoverbot immer wieder betont, dass die Karlsruher Richter seinen Argumenten folgen und das Verbot, anders als bei den drei zuvor gescheiterten Versuchen der Dortmunder Polizei, nicht kippen würden.



Demo gegen Nazis in Do-Hörde



Fotos (2): Peter Bandermann

Mit dem Ergebnis überraschte das Bundesverfassungsgericht nicht nur bürgerliche Protestbewegungen in Dortmund wie den Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus oder den Jugendring mit seinen 29 Mitgliedsorganisationen, sondern selbst erfahrene Polizeibeamte. Polizeidirektor Michael Stein sprach von einem »geradezu historischen Ereignis«. Im Stillen hatte eine ganze Stadt auf das lang ersehnte Demoverbot gehofft, aber nur einer war sich seiner Sache ganz sicher. Eben der Polizeipräsident. Das Vereinsverbot des NRW-Innenministeriums gegen den »Nationalen Widerstand Dortmund« nutzte der Jurist als Steilvorlage für sein Demoverbot. Tenor: Der von Rechtsextremisten ausgerufene »Antikriegstag«, der seit 1957 eigentlich eine Idee des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, ist eine »identitätsstiftende« Versammlung des verbotenen »Nationalen Widerstands«, für den dessen Führungskader demonstrierend werben will.

Obwohl die Neonazis nicht marschieren durften, hielten zahlreiche Organisationen an vielen für den »Antikriegstag« vorbereiteten Protestaktionen fest. Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau nahm an nahezu allen Terminen teil und dankte als Redner dem Innenministerium und der Polizei. »Es herrscht große Erleichterung über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Polizei kann stolz auf ihre Arbeit sein«, so Sierau. »Die Verbote ermutigen uns in unserem Engagement gegen die Neonazis in der Stadt«, kommentierte Friedrich Stiller vom Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus die Nachrichtenlage.

Der Antikriegstag selbst war komplett »nazifrei«. Mit Platzverweisen und vereinzelt Festnahmen hatte die Polizei bereits in den Tagen vor dem 1. September signalisiert, wie sie mit Störversuchen gegen demokratischen Protest umzugehen gedenkt. Das

wirkte: Im Vordergrund der Einsatzbilanz standen absolut friedlich verlaufene Aktionen gegen den Rechtsextremismus. Noch vor einem Jahr zählte die Polizei über 40 verletzte Einsatzkräfte nach massiver Gewalt durch Linksautonome. Aktiv waren am 1. September seit Jahren für die Demokratie engagierte Organisationen, die zuvor ihre Polizei in Kooperationsgesprächen als neuen Partner kennenlernen konnten. Ausschlaggebend dafür war, dass die Bürger in Gesprächen mit dem neuen Polizeipräsidenten ihre Kritik an den großräumigen Sperrkonzepten vorbringen konnten. In einer Pressekonferenz und auf einer

Bühne des Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte Norbert Wessler zur friedlichen Teilnahme am Protest gegen den Rechtsextremismus auf.

Wäre das Demoverbot von der Justiz gekippt worden, hätten die Nazi-Gegner ihren Protest in Hör- und Sichtweite ausdrücken können. Das führte zu einem Stimmungswechsel auf beiden Seiten. Der Leitende Polizeidirektor Dieter Keil: »Ich freue mich, dass wir die Isolation der vergangenen Jahre verlassen konnten.« Als Erfolg wertete Dieter Keil auch das in enger Absprache mit der Stadt Dortmund restriktive Vorgehen gegen ein »Antifa-Camp«, das zu einem Rückzugsraum für militante Störer hätte werden können. Polizeidirektor Michael Stein sprach von einer »aggressiven Grundstimmung« gegenüber der Polizei durch diese Gruppe.

In Dortmund kehrt indes wieder Alltag ein. Oberbürgermeister Sierau: »Der Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt weiter eine gesellschaftliche Aufgabe.« //

Peter Bandermann



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Dortmund

Verbote schwächen die Neonazi-Szene

Reaktion auf die Verbotsverfahren

Das Verbot des »Nationalen Widerstand Dortmund« durch NRW-Innenminister Ralf Jäger und die damit verbundenen Razzien und Beschlagnahmungen sowie das von den Gerichten bestätigte Verbot der Demonstrationen am 1. September 2012 in Dortmund durch die Polizei stellen schwere Schläge gegen die regionale Neonazi-Szene dar.

Der Politikwissenschaftler Dr. Dierk Borstel spricht von einer »entscheidenden Schwächung der Szene. Sie weiß nicht, wie es weiter geht.« Borstel ist Mitautor der Studie »Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund« und tritt zum 1. Oktober 2012 eine Professur an der Fachhochschule in Dortmund an. Borstel warnt davor, zu glauben, dass mit der Verbotspraxis der Polizei und des Innenministeriums das Nazi-Problem behoben sei: »Die Nazis stellen sich jetzt strategisch neu auf. Dazu gehört auch Gewalt.«

Claudia Luzar von der in diesem Jahr in Dortmund eröffneten NRW-Beratungsstelle »back up« für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sieht in dem Vereinsverbot des Innenministers die Chance, Rechtsextremisten leichter den Ausstieg aus der Nazi-Szene zu ermöglichen. Luzar: »Das ist unsere Erfahrung aus Berlin und Brandenburg.« Es sei nicht einfach, den Ausstieg aus der Szene zu begleiten. Wer dafür bereit sei, müsse einen sicheren Platz in einer gefestigten Gemeinschaft aufgeben: »Die Angst vor dem Ausstieg ist auch die Angst vor dem Alleinsein.« ///

Peter Bandermann

DORTMUNDER



Politikwissenschaftler Dr. Dierk Borstel



Claudia Luzar Back von der NRW-Beratungsstelle »back up«.

Fotos (3): Peter Bandermann



REAKTIONEN

Polizei nutzte Facebook und Twitter Einsatzkommunikation der Polizei Dortmund

Die eigenen Internetseiten der Polizei in NRW sind nicht geeignet, um bei Großereignissen schnell die Massen zu erreichen. Bei Facebook und Twitter sieht das schon anders aus. Polizeihauptkommissarin Marisa Jankers (40) berichtet im Interview mit der »Streife«, worauf es in den sozialen Netzwerken ankommt und wie die Dortmunder Polizei beide Portale nutzte.

Streife: Frau Jankers, bereits mehrere Tage vor den geplanten Demonstrationen am 1. September in Dortmund gegen Rechtsextremismus hat die Polizei begonnen, über diesen Großereignis zu informieren. Welche Inhalte haben Sie veröffentlicht?

Jankers: Wir wollten die Bürgerinnen und Bürger möglichst schnell über die aktuelle Lage informieren. Dazu gehörten

Servicemeldungen über Verkehrsstörungen und auch für die Polizei sehr wichtige Botschaften: Zum Beispiel Aufrufe zu ausschließlich friedlichem Protest. Schon elf Tage vor dem 1. September konnten wir wichtige Informationen verbreiten: Ob beim Verbot des Innenministers gegen den »Nationalen Widerstand Dortmund« oder unsere Demonstrationsverbote gegen Neonazis – wir waren immer aktuell. Auch der tägliche Kampf der Polizei gegen Neonazis mit Platzverweisen oder Festnahmen und Berichte über Verhandlungen mit einem Antifa-Camp gehörten dazu.

Streife: Und wem gefällt das?

Jankers: Unsere Facebook-Einsatzseite war seit dem 20. August 2012 online. Nach einer Woche hatten wir über 500 Fans. Zwischenzeitlich waren es deutlich über 700 »Gefällt mir«-Angaben. Beim Kurznachrichtendienst Twitter folgten uns 348 Bürgerinnen und Bürger.

Streife: Wie fließen bei einem Großereignis wie am 1. September die Informationen?

Jankers: Zeitnah erhalten wir die für die Öffentlichkeit relevanten Informationen aus dem Führungsraum. Der Regieplatz dort übermittelt uns auch Livebilder von den Kamerawagen, die auf den Straßen im Einsatz sind. >

Streife: Bevor Sie online gegangen sind: Wie haben Sie den Facebook-Auftritt vorbereitet?

Jankers: Der Polizeipräsident hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Es ging nicht darum, ob wir diese Medien nutzen, sondern wie wir sie nutzen.

Streife: Gab es Bedenken?

Jankers: Ja. Wir mussten klären, wie wir bei Hinweisen auf Straftaten reagieren und wie wir uns verhalten, wenn die Kommentarfunktion unter unseren Beiträgen beleidigend missbraucht wurde. Denn der Strafverfolgungszwang endet für die Polizei nicht im Internet. Im Impressum und in einer Datenschutzerklärung hatten wir das geregelt – das hat auch jeder verstanden.

Streife: Mussten Sie auch schon Kommentare löschen? Schalten Sie sich in Diskussionen ein?

Jankers: Diskussionen waren ausdrücklich gewünscht. Diese Funktion kam auch gut an. Wir haben uns nur einmal eingemischt, um eine Klarstellung vorzunehmen. Ein Eintrag hatte beleidigenden Charakter. Den haben wir gelöscht.

Streife: Gibt es Marisa Jankers auch privat bei Facebook?

Jankers: Ja. Ich habe sage und schreibe acht Freunde.



NUTZUNG SOZIALER MEDIEN DURCH DIE POLIZEI

Die Innenministerkonferenz hat im Juni eine Projektgruppe beauftragt, sich gremienübergreifend insbesondere mit Fragen der Unterstützung polizeilicher Arbeit zu Informations-, Ermittlungs- und Fahndungszwecken zu befassen. Neben der Prüfung rechtlicher Aspekte hat die Projektgruppe die Aufgabe denkbare polizeiliche Nutzungs- und Einsatzmöglichkeiten einschließlich ihrer Chancen und Risiken aufzuzeigen sowie bundesweite Standards zur polizeilichen Nutzung sozialer Netzwerke zu entwickeln.

Der Bereich »Einsatz« auf den Facebook-Seiten der Polizei Dortmund lieferte Fakten über das aktuelle Geschehen:

- > Bilanz eines zwei Wochen dauernden Großeinsatzes
- > Berichte über Razzien und Verbote gegen Neonazis
- > Demonstrationsverbote: So haben die Gerichte entschieden
- > Demonstrationsgeschehen: Wo Protestzüge unterwegs sind und wo mit Verkehrsstörungen zu rechnen ist
- > Zusammenfassung von Pressekonferenzen

 @ Weitere Informationen
www.facebook.de
 Suche: Polizei Dortmund



»@polizeidortmund«: Zitate aus dem Kurznachrichtendienst Twitter:

- > »Abschlussbilanz: Keine rechtsextremistischen Aktivitäten – Bürgerlicher Protest gefahrlos möglich«
- > »Zurzeit sind keine Verkehrsstörungen aufgrund von Demonstrationen bekannt«
- > »Im Bereich des Walls laufen zurzeit Demonstrationen gegen Rechts. Es kann weiterhin zu kurzfristigen Verkehrsstörungen kommen.«
- > »Ruhige Einsatzlage nach Verbot – Aktuelle Demo gegen Rechts in Dortmund-Hörde.«
- > »Spontanversammlung von Neonazis aufgelöst – Strafanzeigen gefertigt – Platzverweise erteilt«
- > »Polizei-Info-Flyer wird zurzeit in Hörde an die Anwohner verteilt«
- > »Antifa-Camp ist keine Dauerkundgebung – Verwaltungsgericht bestätigt Rechtsauffassung der Dortmund der Polizei«
- > »Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bestätigt Demonstrationsverbot«
- > »OvG bestätigt Demonstrationsverbot«
- > »Nazidemo bleibt verboten«

 @ Weitere Informationen
www.twitter.com
 Suche: Polizei DO Einsatz



Von Kopf bis Fuß neu eingekleidet

Im Polizei-Bekleidungs-Centrum NRW laufen alle Fäden zusammen

Das Polizei-Bekleidungs-Centrum NRW (PBC) im westfälischen Lünen ist in seinem Inneren wie ein viel zu groß geratener begehrter Kleiderschrank angelegt: Hier Jacketts und Westen akkurat nach Größen sortiert und feinsäuberlich an schier endlose Kleiderstangen gehängt, dort Hosen, Hemden, Blusen und Pullover, Socken und Schuhe in Regalen bis unter die Decke gestapelt. Alles im neuen Uniform-Look und selbstverständlich ganz in Blau.

Polizistinnen und Polizisten, die sich hier vor Ort einkleiden wollen und ihre neue Uniform abholen, können von Station zu Station gehen, um die Kleidungsstücke auszuwählen und direkt anzuprobieren. Und im Herbst jedes Jahres rücken die neuen Anwärterinnen und Anwärter in Lünen an, um schubweise anhand einer Liste durch die »Kleiderkammer« geschickt zu werden. Dabei erhalten sie ihre Grundausstattung. Sie werden unterwegs buchstäblich von Kopf bis Fuß ausgestattet, von der Schirmmütze bis zu den Schuhen.

Den Uniformwechsel komplett gemanagt

Im PBC in Lünen wurde auch der gerade abgeschlossene Uniformwechsel bei der nordrhein-westfälischen Polizei vorbereitet, gesteuert und abgewickelt. »Die Umstellung auf die neuen Uniformen war eine große logistische Herausforderung«, weiß Jürgen Thoms, der Leiter des PBC. Am Ernst in seiner Stimme mag man erahnen, wie groß diese Herausforderung tatsächlich war. An manchen Tagen der zurückliegenden zweieinhalb Jahre gaben sich



Foto: Jochen Tack

in Lünen die Lieferanten die Klinke in die Hand und draußen wartete ein LKW hinter dem anderen, um die bestellten Waren palettenweise anzuliefern. Bis zu 1.500 Euro-Paletten vollgestellt mit Kisten und Kartons, die ihrerseits randvoll mit Kleidungsstücken waren, verteilten sich dann auf rund 6.500 Quadratmetern Lagerfläche. Da parallel zudem noch Kleidungsstücke der alten Uniform vorgehalten werden mussten, wurde es zwischenzeitlich ziemlich eng in den Hallen.

Selbst Ausschreibungen, Bestellungen und die Qualitätskontrolle werden von Lünen aus gesteuert. »Wir haben hier den tatsächlichen Bedarf genau vor Augen«,

erklärt Jürgen Thoms. »Mit dem notwendigen Vorlauf lösen wir die Bestellungen aus, damit wir immer lieferfähig sind. Nach Möglichkeit sind wir also ‚Never-out-of-stock‘.« Die technischen Details, Qualitätsanforderungen jedes einzelnen Bekleidungsstückes und die Leistungsbeschreibungen für die Lieferungen sind vorher durch die Bekleidungsingenieurinnen des Sachgebietes »Bekleidungstechnik« genau definiert worden. Mittels europaweiten Ausschreibungen werden die jeweils günstigsten Lieferanten beauftragt.

»Ab und an kam es schon einmal vor, dass die vertraglich vereinbarten Bedingungen von den Herstellern nicht eingehalten wurden«, erinnert sich Thoms. »Wir führen eine penible Eingangskontrolle durch, wo wir sofort auf etwaige Unzulänglichkeiten stoßen.« Schon manche Lieferung geht dann gewissermaßen postwendend an den Hersteller zurück und es muss nachgebessert werden. »Andernfalls bleibt er auf seiner Ware sitzen und bekommt auch kein Geld.« Wie bei der Lieferung von einigen hundert Schirmmützen, die aktuell kartonweise auf Nachbesserung oder Ersatz warten.

Dass derartige Reklamationen das Logistikzentrum tatsächlich in seinem Kern treffen und die Lieferfähigkeit untergraben, bleibt aber die Ausnahme. »Meist erhalten die bekannten, großen und leistungsfähigen Bekleidungshersteller einen Zuschlag. Die sind mit hohen Qualitätsforderungen ebenso vertraut wie mit knappen Kalkulationen.« Hinter den Herstellern von Hemden, Blusen, Hosen und dem Schuhwerk stecken bekannte Markenhersteller. >

Eine große logistische Leistung

Jürgen Thoms ist als Leiter des PBC für insgesamt 47 Mitarbeiter der Vorgesetzte. 25 Mitarbeiter arbeiten in Lünen, 22 Mitarbeiter an den Außenstellen in Köln/Brühl und in Detmold. Sie haben die Umstellung von Grün auf Blau gestemmt.

Die Zahlen sind rekordverdächtig: 31.000 Polizisten galt es im Zuge der Umstellung mit neuer Dienstbekleidung auszurüsten. Das entspricht insgesamt 372.000 Artikeln. Die Ausstattung von 4.000 Berufsanfängern mit der Außendienstuniform erfolgte in Lünen. Die anderen Monturen – 22.000 Außendienst- und 5.000 Innendienstuniformen – wurden von Lünen aus in die Behörden des Landes



Im Vorfeld waren so genannte Vermessungsteams mit Musterstücken zur Anprobe in die Polizeibehörden gereist. Auch das erwies sich als eine gelungene logistische Leistung, denn mit zehn Vermessungskräften wurden über einen Zeitraum von 90 Wochen, angefangen im Februar 2010 bis zum Juni 2012, die 27.000 Polizistinnen und Polizisten im Land vermessen, um anschließend jeden einzelnen mit einer quasi »maßgeschneiderten« Uniform zu versehen. »Dieser Aufwand hat sich gelohnt«, sagt Thoms, »Wir haben nur sehr wenige Reklamationen bekommen. Außerdem hat jeder dadurch die Uniform bekommen, die optimal passt. Nicht zuletzt ist das ein wichtiges Argument für die Akzeptanz der neuen Bekleidung«, weiß der Leiter des Bekleidungs-Centrums.

Inzwischen liegen die hektischsten Zeiten der Umstellung hinter dem Team um Jürgen Thoms. Langsam kehrt mit dem Alltag der normale Bekleidungswechsel ein. »Jeder Polizist hat natürlich einen Anspruch auf einen Wechsel der Bekleidungsstücke, wenn die vorgegebene Tragezeit abgelaufen ist«, sagt Thoms. »Außerdem tauschen wir selbstverständlich alle beschädigten Stücke umgehend aus.«

bestellen. »Wir prüfen dann bei jedem Einzelfall, ob es sich um eine turnusmäßig zulässige Ersatzlieferung handelt, die vom Dienstherrn übernommen wird oder ob wir den Behörden eine Rechnung stellen müssen«, erklärt Thoms. Das entsprechende Paket ist in der Regel innerhalb von 3-5 Werktagen vor Ort. »Da sind wir also genau so schnell wie jeder andere Internethandel auch«, freut sich Jürgen Thoms.

Aufwändiger und sehr viel teurer sind die zusätzlichen Spezialausrüstungen, die beispielsweise bei der Bereitschaftspolizei oder bei den Spezialeinheiten getragen werden. Hinzu kommt der höhere Verschleiß durch besondere Beanspruchung. Weil bei Einsätzen der Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten Kleidung häufiger kaputtgeht oder erheblich verdreckt wird, sind Thoms und seine Leute bei manchen dieser Einsätze mit einem eigenen gut bestückten Lieferwagen vor Ort: »Da können wir schnell und gewissermaßen ganz unbürokratisch einen Austausch vornehmen und beschädigte Teile ersetzen.«

Zum Abschluss des großen Uniformtausches werden in diesen Wochen in Brühl noch einmal grüne Uniformteile ankommen. »Die werden bei uns gesammelt. Mit den neuen Uniformteilen, die wir noch auf Lager haben, wird alles über eine bundeseigene Verwertungsgesellschaft in nicht-europäische Länder in Übersee verkauft«, sagt Thoms. Selbstverständlich werden zuvor alle Embleme und Hoheitszeichen sorgfältig entfernt. Polizistinnen und Polizisten in Grün gehören damit der Vergangenheit an. // **Jörg Bockow**



Fotos (4): Jochen Taack

Größte und kleinste Uniformhose für den Wachdienst.

verschickt. Rund 100 Kartons verließen normalerweise pro Tag die Verpackungsstation, bestückt mit 12 unterschiedlichen Artikeln. Insgesamt wurden in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren von den fünf Verpackungskräften 27.000 Pakete verpackt und verschickt. Dahinter steckt Logistik vom Feinsten.

Kleidung im Wert von 2.300 Euro pro Person

Hektisch wird es regelmäßig, wenn die »Neuen« eingekleidet werden. Dann gehen pro Anwärterin und Anwärter passgenaue Kleidungsstücke im Wert von bis zu 1.370 Euro über die Theke. »Wenn man Weste, Helm und Holster noch hinzuzählt, dann trägt jeder der Beamtinnen und Beamten Kleidung im Wert von rund 2.300 Euro am Leib«, hat Thoms ausrechnen lassen.

Wer seine Maße und seine Kleidergröße genau kennt, der kann seine Bekleidungsstücke später ganz einfach über das Internet



Zu groß!



Praktisch, modisch und ganz in blau:
PK Alexander Prim mit seiner neuen Uniform.

Praktisch, modisch und ganz in Blau: Die neue Polizeiuniform Sicherheit, Arbeitsschutz und Tragekomfort

Der Schlussstrich ist gezogen und das Fazit fällt sowohl intern als auch in der Öffentlichkeit einhellig positiv aus: Die Umstellung der Uniformen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen ist vollendet und sie ist rundum gelungen. Nur knapp drei Jahre dauerte es, um den Wechsel in allen Dienststellen zu vollziehen.

Ende August konnte Innenminister Ralf Jäger im westfälischen Coesfeld melden: Die NRW-Polizei arbeitet ab heute komplett in blauer Uniform. Die Kreispolizeibehörde Coesfeld war die letzte Polizeidienststelle, die in dem generalstabsmäßig geplanten Rollout mit den neuen Uniformen ausgestattet wurde. Das typische Blau der neuen Uniformen und das moderne Erscheinungsbild markieren auch einen Imagewandel.

Schneller als geplant

»Wir haben 30.000 Polizistinnen und Polizisten vier Monate schneller als geplant mit der hochwertigen und modernen blauen Uniform ausgestattet«, sagte Jäger. »Blaue Uniformen und silberblaue Streifenwagen bestimmen jetzt das Erscheinungsbild. Sie sind das neue Markenzeichen der nordrhein-westfälischen Polizei.«

Viele Menschen verbinden diese Uniformfarbe auch länderübergreifend mit der Polizei. Die neue Uniform der NRW-Polizei steht damit für das weiter zusammenwachsende Europa.

Die Einführung der neuen Uniform konnte ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für das Land Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden – ein wichtiges Argument auch für die Öffentlichkeit. Die 49 Polizeibehörden des Landes wurden über

drei Jahre Zug um Zug neu ausgestattet. Im Vordergrund stand, dass der Wechsel der Kleidung im Rhythmus mit den turnusmäßig üblichen Neuausstattungen lief. »Wir haben dabei so effizient gearbeitet, dass wir kein zusätzliches Geld für Dienstkleidung gebraucht haben«, erläuterte Jäger. Die Gesamtinvestition für die neue Uniform lag bei rund 24 Millionen Euro. Dafür wurden rund 1,8 Millionen einzelne Uniformteile von Hoheitszeichen bis zu Jacken, Hosen und Schuhen neu angeschafft und schrittweise gegen die alten ausrangierten ausgetauscht.

Ein Jahr im Praxistest

Auf den Weg gebracht wurde der Wandel bei den Uniformen im Jahr 2007 durch Ingo Wolf, den damaligen Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Er startete im Dezember 2007 einen umfangreichen Trageversuch mit der zuvor von Designern für Berufsbekleidung und speziellen Ausstattungen entwickelten Uniform. Dabei wurde der Tragekomfort und die Akzeptanz der neuen Uniformen bei den Kolleginnen und Kollegen getestet. 1.400 Polizeibeamtinnen und -beamte des Wach- und Innendienstes bei den Polizeibehörden Bielefeld, Krefeld und Mettmann haben ganz bewusst durch alle vier Jahreszeiten an diesem Verfahren teilgenommen, um noch vor der Einführung in der Fläche weitere Verbesserungen und Optimierungen einzuführen. Tatsächlich ergaben sich im Detail noch einige Modifizierungen, die vor der Einführung der Uniformen umgesetzt werden konnten.

Die Resonanz ist positiv

Vor knapp drei Jahren wurde die erste Polizeibehörde in Aachen planmäßig mit den neuen Uniformteilen ausgestattet. Seither ist die Resonanz bei allen, die in die neue Kleidung schlüpfen, positiv. Die neue

Uniform hat sich inzwischen tausendfach in der Praxis bewährt. Keine Frage: Sie entspricht den Anforderungen an Sicherheit, Arbeitsschutz und Tragekomfort. Die Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes loben die gelungene Funktionalität und geringe Schmutzempfindlichkeit ihrer neuen Uniform. Die gewählten Stoffe sind leicht, gleichzeitig aber widerstandsfähig und atmungsaktiv. »Wer bei Wind und Wetter draußen arbeitet, hat zu Recht den Anspruch auf eine optimale Ausstattung«, stellte der Minister bei der Übergabe der letzten neuen blauen Uniformen in Coesfeld fest.

Im Vorfeld stand vor allem die Funktionalität der neuen Uniform im Fokus. Die modernen Stoffe, die insgesamt sehr viel leichter, stabiler und zudem atmungsaktiver sind, kommen bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und der Bevölkerung gleichermaßen gut an und tragen zur Verbesserung der Polizeiarbeit bei.

Getestet wurde auf Funktionalität, Trageeigenschaften, Ausstattung, Pflege und Haltbarkeit. Es ging dabei um die Entscheidung für ein akzeptables Modell, das zum Berufsumfeld in Nordrhein-Westfalen passt und das auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten besteht.

Grundausrüstung aus 40 Einzelteilen

Das komplette Sortiment der Dienstbekleidung für die Polizei in NRW umfasst ein breites und vielfältiges Spektrum von einheitlichen Einzelteilen der Grundausrüstung bis zur Funktionsausstattung. Die Bestelllisten mit Größentabellen sind durchaus mit dem Katalog eines größeren Bekleidungshauses oder den Listen eines Internethändlers zu vergleichen.

»Wir haben 30.000 Polizistinnen und Polizisten vier Monate schneller als geplant mit der hochwertigen und modernen blauen Uniform ausgestattet.« *Innenminister Ralf Jäger*

Die angebotenen Kleidungsstücke nehmen in vielfältiger Weise Rücksicht auf Größen und Zwischengrößen, damit sich jede Trägerin und jeder Träger der Dienstkleidung darin auch wohl fühlen kann. Alleine die klassische Grundausstattung umfasst knapp 40 Einzelpositionen. Hinzu kommt die optionale Kleidung, die je nach Einsatzort mit zusätzlichen Teilen ergänzt wird. Für die Wasserschutzpolizei, die Bereitschaftspolizei und Spezialbereiche wurden, bzw. werden, unter der Maßgabe eines einheitlichen Erscheinungsbildes weitere Kleidungsstücke entwickelt. Das gilt auch für Kradfahrer, Fahrradstreife, und Spezialeinheiten, die außerdem noch mit speziellen technischen Gerätschaften und eigenen Schutzkleidungen ausgestattet werden mussten.

Für den Polizeialltag wurden zwei Uniformvarianten entwickelt, eine für den

Außendienst und eine für den Innendienst. Die neuen Bekleidungsstücke müssen sowohl mit ihrer Funktion wie auch dem Design praxistauglich sein. Aspekte der Erkennbarkeit, Eigensicherung, Tragekomfort, Strapazierfähigkeit und Temperaturverhalten waren hierbei im Entwicklungsprozess von besonderer Bedeutung. Denn ob bei Hitze im Streifenwagen, abends im Regen auf der Autobahn oder bei der Verfolgung eines Flüchtigen: Für Polizistinnen und Polizisten ist ihre Uniform ein wesentliches Arbeitsmittel, das sich für die verschiedenen Tätigkeiten und Orte eignen muss.

Gute Funktionskleidung wirkt stressmindernd

Längst hat man erkannt, dass eine gute Funktionsbekleidung stressmindernd wirkt und nicht zuletzt der Erhaltung der Leistungsfähigkeit und der Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten im Einsatz dient. So

sehen die jetzt entwickelten Damen- und Herrenuniformen optisch zwar gleich aus, sind jedoch den jeweiligen anatomischen Unterschieden entsprechend angepasst. Sogar modische Trends – ob beispielsweise weit geschnittene oder engtaillierte Hemden – wurden aufgegriffen und können auch bei künftigen modischen Veränderungen leicht angepasst werden. Ähnliches gilt auch für den Schnitt der Hosen und der Jacketts.

Ein besonderes Augenmerk haben die Designer auf die äußeren Zeichen gelegt. Auffällig und dennoch dezent: Die Vorgaben, die einerseits der Erkennbarkeit und andererseits auch einer Corporate Identity dienen, mussten miteinander in Einklang gebracht werden. Die Schirmmütze, die reflektierenden Streifen und nicht zuletzt die von weitem schon sichtbare Signalisierung mit dem Schriftzug »Polizei« sind gut gelungen. ///

Jörg Bockow



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

Gemeinsam für mehr Sicherheit

Nationales Konzept für Sport und Sicherheit



Foto: Redaktion

Einsatzreferent LPD Bernd Heinen (2. v.l.) leitet den Nationalen Ausschuss Sport und Sicherheit, hier bei einer Arbeitssitzung in Düsseldorf.

Die aktuelle Fußballsaison hat erst vor wenigen Wochen begonnen. Es vergeht kein Spieltag, ohne dass es zu Gewalt, Schlägereien und Angriffen auf Polizisten und Ordner kommt. 30 Prozent der Einsatzzeit der Bereitschaftspolizei muss genutzt werden, um die Sicherheit bei Fußballspielen zu gewährleisten.

Mit einem bundesweit einheitlichen Konzept wollen jetzt Länder, Vereine und Fanprojekte stärker gegen Aggressionen, Gewalt und Pyrotechnik im Fußball vorgehen. »Das kann so nicht weitergehen,« erklärte NRW-Innenminister Ralf Jäger: »Wir möchten endlich eine lebendige Fußballkultur, in der alle Fans ihre Vereine gewaltfrei unterstützen.« Ende August stellte er in Anwesenheit von DFB-Generalsekretär Helmut Sandrock das »Nationale Konzept für Sport und Sicherheit« in Düsseldorf vor.

Unter Vorsitz des Einsatzreferenten Leitender Polizeidirektor (LPD) Bernd Heinen hat der Nationale Ausschuss für Sport und Sicherheit das bestehende Konzept grundlegend überarbeitet und fortgeschrieben. Ziel ist es, durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, Ministerien, Kommunen, Vereinen und Verbänden, Fanprojekten und Verkehrsunternehmen eine verantwortungsbewusste Fankultur zu fördern. Dabei stehen der Dialog und die Unterstützung für friedliche Fans sowie ein konsequentes Vorgehen gegen die Schläger und Gewalttäter im Mittelpunkt. Dafür ist eine klare Distanzierung der Fans von Gewalt, gefährlichem Verhalten und Straftätern erforderlich. Unterstützung leisten die Fanprojekte, die als unabhängige Einrichtungen der Jugendhilfe mit kommunalen Jugendhilfestrukturen vernetzt sind. Diese nutzen erfolgreich das Thema Fußball für ihre Jugendarbeit.

Das »Nationale Konzept für Sport und Sicherheit« unterstreicht auch die besondere Verantwortung der Vereine und Verbände als Veranstalter für die Sicherheit in den Stadien. Deshalb gibt es klare Anforderungen an die Sicherheitsbeauftragten, Veranstaltungsleiter und Ordnungsdienste. Weitere wesentliche Bausteine für die Sicherheit sind die Stadionordnungen, die

Spieltagsplanung, eine fortlaufende Risikobewertung, gemeinsam getragene Sicherheitskonzepte sowie Stadionverbote für Straftäter und Störer.

Nun kommt es darauf an, das vorliegende Konzept flächendeckend und vollständig umzusetzen und vor Ort mit Leben zu füllen. »Alle Beteiligten müssen sich dauerhaft engagieren und all ihre Möglichkeiten konsequent ausschöpfen«, erklärte Jäger. »Nur gemeinsam wird es uns gelingen, für spannende Spiele in friedlicher Atmosphäre zu sorgen.« // **Simon Blümel**



Der Nationale Ausschuss Sport und Sicherheit (NASS) stellt die Zusammenarbeit aller Netzwerkpartner auf nationaler Ebene sicher. In regelmäßigen Sitzungen werden im Nationalen Ausschuss aktuelle Entwicklungen, Phänomene und Lösungen erörtert, das gemeinsame Handeln abgestimmt und das »Nationale Konzept Sport und Sicherheit« fortgeschrieben.

@ Weitere Informationen sowie das gesamte »Nationale Konzept für Sport und Sicherheit« im Internet: <http://www.nkss.de>



Schnellste Unterstützung kommt aus der Luft Jubiläum: Fliegerstaffel der Polizei in NRW besteht seit 50 Jahren

Sie gehen zwischen 2.600 und 3.000 Mal im Jahr in die Luft. So viele Einsätze werden laut Statistik aktuell von der Polizeifliegerstaffel des Landes Nordrhein-Westfalen absolviert. Die Helikopter und ihre Besatzungen sind meist in kürzester Zeit vor Ort und sie haben dort buchstäblich den vollen Überblick.

Die Vogelperspektive hat sich in den vergangenen Jahren als ungemein hilfreich bei der Beobachtung von Großveranstaltungen und Demonstrationen sowie bei Einsätzen in Gefahren- und Schadenslagen erwiesen. Die »Hummeln«, wie sie im Polizeijargon liebevoll genannt werden, eignen sich hervorragend bei einer Geiselnahme oder Erpressung, bei einer Entführung, einer Fahndung nach einem Raubüberfall oder bei der Suche nach Vermissten in unwegsamem Gelände.

Hubschrauber und Flugzeuge sind heute als moderne Einsatzmittel bei der Polizeiarbeit nicht mehr wegzudenken. Stationiert ist die nordrhein-westfälische Staffel am Düsseldorfer Flughafen und am Flughafen Dortmund. Von diesen beiden Basen aus sind die Hubschrauber und Flugzeuge spätestens innerhalb von einer halben Stunde an jedem Einsatzort im Land. Die Flugzeit zwischen Düsseldorf und Dortmund beispielsweise beträgt nicht mehr als elf Minuten. In einigen Fällen ist eine angeforderte Hubschraubercrew sogar schneller vor Ort als alle anderen Einsatzkräfte – und das mit einer 24-Stunden-Bereitschaft an 365 Tagen im Jahr.

Die Fliegerstaffel ist seit September 1962 aktiv

Die Fliegerstaffel Nordrhein-Westfalen feierte Ende September dieses Jahres ihr 50-jähriges Bestehen. Die ersten Gratulanten an diesem Feiertag waren NRW-Innenminister Ralf Jäger und die Vertreter des Innenausschusses des Landtages NRW.



Foto: Jochen Tack

Auf dem Weg zum Einsatzort gilt es keine Zeit zu verlieren. Die Helikopterbesatzung spurtet zur Maschine.

Gegründet wurde die Fliegerstaffel des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 1962. Am 25. September 1962 fand der erste Flug eines Hubschraubers der nordrhein-westfälischen Polizei mit dem damaligen Innenminister Willi Weyer und dem Innenstaatssekretär Ludwig Adenauer an Bord statt, einem Neffen des ersten Kanzlers.

Mit zwei Helikoptern des Typs Bell 47 J, zwei Piloten und drei Bordwarten begann die Hubschrauberstaffel Rheinland ihren Dienst. Erster Standort war die Bereitschaftspolizeiabteilung III in Wuppertal, wo man noch vom Garagenhof aus operierte. Bereits ein Jahr später wurde die Staffel an den Flughafen Düsseldorf verlegt. Dort fand man wesentlich bessere Bedingungen vor, nicht zuletzt für die aufwändige Wartung. Schnell wurde die vielseitige Einsatzfähigkeit der Hubschrauber für die Polizeiarbeit erkannt, so dass bereits nach einem Jahr die Flotte ergänzt und umgerüstet werden musste. Geschwindigkeit und Reichweite rückten in den Fokus, weswegen ein Modellwechsel von der eher schwerfälligen

Bell 47 J auf den sehr viel schnelleren und wendigeren Helikopter Typ Alouette II vollaufen wurde.

Seit der Staffelgründung hat der Flugdienst über 214.000 Flugstunden absolviert. Aktuell hat die Fliegerstaffel 67 Mitarbeiter, davon 36 Piloten und acht Operatoren. Die polizeiliche Luftflotte in NRW verfügt zur Zeit neben zwei Kleinflugzeugen vom Typ Cessna 182, die für Aufklärungsflüge eingesetzt werden, über zwei hochmoderne Transporthubschrauber vom Typ Eurocopter EC 155, die beim Transport von Spezialeinheiten zum Einsatz kommen und über fünf umgerüstete Helikopter vom Typ BK 117 mit neuen Überwachungsgeräten wie Wärmebild- und Videokameras. Allein im Jahr 2011 wurden mit der BK 117 im Rahmen von etwa 1.800 Einsätzen rund 2.700 Flüge ausgeführt. Vor allem die Wärmebildtechnik hat dazu geführt, dass der Alarmhubschrauber zahlreiche Einsatzerfolge erzielen konnte. Rund 40 Prozent der Einsätze finden nachts statt. >



Foto: Jochen Tack

Hightech-Ausstattung im Cockpit

In den zurückliegenden Jahren wurden mehrere Modellwechsel vollzogen und zusätzliches Fluggerät angeschafft, um alle möglichen Einsatzszenarien schnell und sicher beherrschen zu können. »Stand am Anfang die Verkehrsüberwachung und Absicherung von Staus aus der Luft ganz klar im Vordergrund, so haben sich Aufgaben und Einsatzgebiete unserer Staffel in den zurückliegenden Jahren radikal verändert«, berichtet Thomas Levermann, der Leiter der Flugeinsatzgruppe in Düsseldorf. »Heute werden wir vor allem bei der Suche nach Vermissten, bei der Bekämpfung von Gewaltverbrechen und Schwerekriminalität eingesetzt und geben der Einsatzleitung bei Großlagen und Demonstrationen wertvolle Entscheidungshilfen.«

Die Fluggeräte sind mit teuerstem Equipment und High-Tech ausgestattet. »Die hochempfindliche Wärmebildkamera, die wir an Bord haben und die bei Vermissten aber auch bei flüchtigen Verbrechern eingesetzt wird, nimmt noch minimale Temperaturunterschiede von 0,3 Grad wahr«, erklärt Fritz Pfau, der Flugbetriebsleiter in Düsseldorf. »Damit können wir selbst Menschen aufspüren, die sich scheinbar gut in einem Wald versteckt oder aber in unwegsamem Gelände und im Dickicht verirrt haben. Sogar Bewusstlose an der Wasseroberfläche konnten wir mit diesem Gerät entdecken.«

Für die Überwachung aus der Luft sind spezielle Videokameras installiert, die Schwenks von 360 Grad erlauben und deren Bilder sogar live als Videostream zu den Einsatzkräften am Boden übermittelt

werden können. Für den Einsatz in der Nacht steht ein starker Suchscheinwerfer zur Verfügung, dessen starker Lichtkegel auch als für den normalen Beobachter unsichtbarer Infrarotscheinwerfer eingesetzt werden kann. »Damit können wir jemanden unbemerkt verfolgen, der in der Dunkelheit auf der Flucht ist oder der sich heimlich einem Tatort nähert«, erklärt Thomas Levermann.

Nachtflüge sind Routine

Seit 1998 ist man technisch auch auf Nachtflüge eingestellt. Dafür sind die weißen Helme der Piloten mit Restlichtverstärkern versehen, die wie kleine Ferngläser aussehen. Sie verstärken das Licht 125.000-fach, womit für den Piloten die Nacht zum Tag gemacht wird. »Da diese Technik das Sehfeld stark eingrenzt,



»Hubschrauber sind für die Polizeiarbeit unverzichtbar.«

NRW-Innenminister Ralf Jäger

sind an die Crew speziell bei Einsätzen in der Nacht die höchsten Anforderungen gestellt«, betont Levermann. Die Piloten werden denn auch regelmäßig trainiert und ihre Fähigkeiten bei speziellen Ausbildungen weiterentwickelt. Turnusmäßig müssen sie sich einer Prüfung unterziehen. Flugbetriebsleiter Fritz Pfau besitzt die Fluglehrberechtigung und ist ein erfahrener Ausbilder. Im Auftrag des Luftfahrt-Bundesamtes nimmt er die für Hubschrauberpiloten obligatorischen jährlichen Checkflüge ab.

Nach wenigen Minuten startklar

Die BK 117-Helikopter bilden als Alarmhubschrauber das Rückgrat der Staffel. »Bekommen wir eine Einsatzmeldung, dann sind wir binnen vier bis fünf Minuten mit unserem Fluggerät in der Luft«, sagt Thomas Levermann.

Mit den Transporthubschraubern können im Bedarfsfall bis zu acht ausgerüstete Einsatzkräfte transportiert werden. Eine montierte Abgleitvorrichtung ermöglicht das Absetzen der Kräfte in unmittelbarer Nähe eines Einsatzortes. Gerade bei

Geiselnahmen oder Amokläufen hat sich diese taktische Maßnahme als hilfreich erwiesen und schnelle Zugriffe ermöglicht. Transporthubschrauber können aber mit ihrer Winde auch bei Großschadenslagen zur Rettung von Schwerverletzten eingesetzt werden.

Jeder Einsatz ist etwas Besonderes

Zur standardmäßigen Besatzung eines Alarmhubschraubers gehören jeweils zwei Piloten und ein Operator, der für die Bedienung der Such- und Überwachungseinrichtungen zuständig ist. Viel Platz an Bord bleibt da nicht. Während auf dem Sitz vorne rechts der Pilot Platz nimmt, der die Maschine steuert, hat der zweite Pilot vorne links die polizeilichen Aufgaben zu übernehmen. Der Operator sitzt gewissermaßen in der zweiten Reihe – vor ihm >



Fotos (2): Jochen Tack

eine ganze Batterie von Steuergeräten und Armaturen, mit denen Scheinwerfer geschwenkt und die Kameras bedient werden können.

Auch wenn der Einsatz der Fliegerstaffel inzwischen Routine geworden ist, für die Piloten ist jeder Einsatz noch immer etwas Besonderes. »Der jeweilige Einsatzort, die spezielle Aufgabe und das vorherrschende Wetter bilden eine Gemengelage, die immer wieder aufs Neue eine eigene Herausforderung darstellt«, bestätigt Levermann. Die Einsatzprotokolle und Logbücher der Staffeln erweisen sich als ein reicher Fundus für zum Teil spektakuläre Einsätze.

Einzelne Einsätze bleiben in besonderer Erinnerung. Beispielsweise die dramatische Rettungsaktion im Oktober 2010: Nachdem gerade kurz zuvor ein solches Szenario bei einer Übung trainiert worden war, gelang es einem Piloten mit seinem Hubschrauber, einen jungen Mann aus dem Rhein zu fischen, der zuvor von der Oberkasseler Brücke in den Fluss gesprungen war.

Dem fliegerischen Geschick und dem beherrzten Einsatz der Hubschrauber-Besatzung verdankt dieser Mann sein Leben. Denn direkt nach dem Notrufeingang hatte das Polizeipräsidium Düsseldorf

die Polizeifliegerstaffel zur Unterstützung angefordert. Die beiden Piloten und der Operator machten sofort den Polizeihubschrauber »Hummel 8« startklar und verließen ihren Standort am Düsseldorfer Flughafen. Am Einsatzort angekommen, ließ der Pilot den Hubschrauber bis dicht über die Wasseroberfläche neben dem im Strom treibenden Mann sinken. Der Operator hakte seinen Rettungsgurt ein und kletterte auf die Kufe. Von dort dirigierte er den Piloten zentimetergenau an den Mann heran. Es gelang ihm, ihn zu ergreifen und auf die Kufe des Hubschraubers zu ziehen. Mit den beiden Personen an der Kufe schwebte der Hubschrauber ans rechtsrheinische Ufer. Dort warteten bereits Rettungskräfte der Feuerwehr. Stark unterkühlt und durch den Aufprall auf die Wasseroberfläche schwer verletzt kam der Mann schließlich ins Krankenhaus.

Die Hilfe kommt von oben

Ähnlich glücklich gehen viele Suchaktionen aus, bei der den Hubschrauberbesatzungen eine große Bedeutung zukommt. So wie bei einem Einsatz vor wenigen Wochen in Sundern. Dabei hatte ein Geländewagenfahrer in der Nacht bei der Polizei angerufen und mitgeteilt, er wüsste nicht, wo er sei und sein Wagen würde an einem Abgrund stehen und drohen abzurutschen. Der daraufhin eingesetzte Polizeihubschrauber mit Wärmebildanlage konnte das Fahrzeug und seine drei Insassen aufspüren. Das Fahrzeug stand am Ostufer des Sorpesees, umgeben von dichtem Wald. Die von der Hubschrauberbesatzung herangeführten Bodenkkräfte trafen die Insassen schließlich unversehrt an und konnten die Bergung vornehmen.

Kurios war der Einsatz eines Polizeihubschraubers am 12. Juli dieses Jahres in Korschenbroich. Der Helikopter wurde zur Jagd auf Rinder angefordert, die aus ihrer Weide ausgebrochen waren und den Bahn- und Straßenverkehr gefährdeten. Ein Einsatz, der immer wieder einmal vorkommt. Diesmal waren in Korschenbroich 13 Rinder ausgebrochen. Mit Hilfe des Polizeihubschraubers gelang es, die Tiere aufzuspüren und eines der Tiere wurde sogar aus dem Hubschrauber heraus betäubt.

Die besonderen Möglichkeiten des Hubschraubers waren am 7. Juli 2012 in Hagen gefragt. Nach einem Brand hatte sich giftiges Kohlenmonoxid in einer so hohen Konzentration gebildet, dass sie für die Anwohner gefährlich hätte werden können. Da Windstille herrschte, kam es auch zu keiner nennenswerten Verdünnung der Konzentration. Ein Polizeihubschrauber wurde angefordert, um mit seinem Downwash (Rotorabstrahl) die Luft so zu verwirbeln, dass die Kohlenmonoxidkonzentration auf ein ungefährliches Maß sank.

Bundesweite Anerkennung

Die Fliegerstaffel des Landes war viele Jahre dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA) zugeordnet. Im Jahr 1997 wurde die Dezernatstruktur eingeführt. Seit 2007 gehört die Staffel zum neugegründeten Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW). Der derzeitige Leiter der Polizeifliegerstaffel ist Frank Burre.

Die technischen und taktischen Fähigkeiten des Polizeiflugdienstes in Nordrhein-Westfalen führten zu bundesweiter Anerkennung und zu vielen Einsätzen – auch über die Bundes- und Landesgrenzen hinaus. // **Jörg Bockow**



POLIZEI

Die **Streife**



Von den Anfängen bis zur Gazelle Die Aufbaujahre der Fliegerstaffel im Spiegel der »Streife«

Die Geschichte der Fliegerstaffel spiegelt sich auch in alten Ausgaben der »Streife« wider. Wir haben die Jahrgänge 1962-1971 quergelesen und haben für Sie einige historische Fotos und Zitate zusammengetragen.

Zum ersten Mal wird die Fliegerstaffel im September 1962 erwähnt. »Hummeln am Himmel« heißt der Artikel. Der Anlass: Die beiden ersten Polizeihubschrauber werden

in Dienst gestellt. Zuvor hatte sich die Polizei in NRW Hubschrauber vom Bundesgrenzschutz ausgeliehen, um z. B. den Verkehr auf der Autobahn Köln-Düsseldorf oder Großveranstaltungen wie den Kölner Rosenmontagszug aus der Luft zu überwachen. Der Anschaffungspreis für die Hubschrauber lag bei 300.000 DM pro Stück. Sie wurden anfangs in Wuppertal, später in Hilden stationiert. Im Artikel wurden die vielfältigen Einsatzgebiete der Polizeihubschrauber vorgestellt: Großveranstaltungen, Verkehrsstaus,

Katastrophenabwehr – hier wird auf die Erfahrung der Hamburger Flutkatastrophe verwiesen, bei der Menschen aus der Luft gerettet wurden – und die Bergung verletzter Personen und ihr Transport zu Krankenhäusern: »Nordrhein-Westfalen setzt als erstes Land im Bundesgebiet Hubschrauber für polizeiliche Zwecke ein«, heißt es abschließend: »Es ist also wieder einmal Schrittmacher zum Schutz unserer Bevölkerung.«

Transport von Verletzten

Im Februar 1963 las man dann die erste Meldung vom Einsatz der neuen Hubschrauber beim Transport von Verletzten. Ein Polizeioberwachtmeister aus Paderborn, der im Einsatz mehrere Knochenbrüche erlitten hatte, wurde vom Hubschrauber ins Unfallkrankenhaus nach Bochum geflogen. Die Landung löste in Bochum einen Volksauflauf aus. Die Bildunterschrift lautete: »Umlagerung vom Hubschrauber zum Krankenwagen für die letzten 200 Meter zum Unfallkrankenhaus.« Eine vom Hubschrauber nach einem Autobahnunfall geretteten Kölnerin schenkte dem Piloten im Juli 1963 am Krankenbett als Dank für die lebensrettende Beförderung durch die Luft eine Flasche Weinbrand. Auch dies dokumentierte die »Streife«.

Die große Reportage

Im August 1963 flog der Reporter Gerd Goch bei einem Autobahnstreifenflug mit. Ein Problem damals: Niederländische Autofahrer, die einfach auf dem Standstreifen parken und dort picknicken. Die Hubschrauberstreife fordert sie auf, weiterzufahren: »Sie können es nicht fassen, weil sie bei sich zu Hause an der Autobahn mit Kind und Kegel rasten dürfen«, erklärt der Pilot dem Reporter. Er beobachtet auch folgenden Vorfall: »Ein Lastzug, der sich am Kamener Kreuz offenbar verfahren hat, schwenkt in weitem Bogen über den Mittelstreifen auf die Gegenfahrbahn ein. Einige Personenwagen, die mit erheblicher Geschwindigkeit herankommen, können gerade noch rechtzeitig bremsen.« 190 DM Flugzulage erhalten die Piloten: »1.000 Einsätze mit rund 650 Flugstunden haben die beiden Piloten – drei weitere stehen vor der

Abschlussprüfung – in wenig mehr als neun Monaten geleistet und dabei nachgewiesen, dass die Hubschrauber sowohl bei der Verkehrsüberwachung als auch bei vielen Rettungsaktionen und anderen Sonderaufträgen nicht zu ersetzen sind.« Der Landeplatz des Hubschraubers ist in Wuppertal. Der Helikopter steht auf einem einfachen Garagenplatz der Bereitschaftspolizei.

Die Titelstory

Im November 1964 zielt ein Polizeihubschrauber sogar das Titelblatt der »Streife«. Anlass war der Abschluss des vierten Hubschrauberlehrgangs, einer sehr begehrten Zusatzausbildung. Nur sechs von 800 Bewerbern wurden genommen. Auf dem Flugplatz in Hangelar gab es Testvorführungen verschiedener Hubschraubertypen, denn die nächste Generation der Helikopter sollte größer und leistungstärker sein. Die »Streife« berichtete über die Inhalte der einjährigen theoretischen und praktischen Ausbildung: »Steig- und Sinkflug, Starten und Landen, Kurvenflug, Orientieren usw.« – die Ausbildung von Hauptmann i. BGS Knorr und seinen Fluglehrern hatte es in sich.

Vier neue Helikopter

Der damalige NRW-Innenminister Willi Weyer konnte im August 1964 »zwei von vier neuen Turbinenhubschraubern französischer Produktion« vom Typ Alouette II-Astazou in Dienst nehmen, wie die »Streife« berichtete. Stolz wurde eine Bilanz der bisher geleisteten Flugstunden und Einsätze gezogen. Von den neuen Hubschraubern erwartete man sich Verbesserungen: »Bei gleicher Zahl von vier Sitzplätzen (Pilot, Copilot und zwei Fluggäste) haben die neuen Turbinenhubschrauber im Vergleich mit den bisher eingesetzten Hubschraubern ein um 260 kg höheres höchstzulässiges Abfluggewicht.« Und auch die Logistik rund um die Hubschrauber wurde optimiert: »Die Hubschrauberstaffel verfügt über ein geländegängiges Funkverbindungsfahrzeug für den Hubschrauberstaffelführer, ein Landebasisfahrzeug für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten und einen Tankwagen«, konnte man lesen.

Die Gazelle

Im November 1971 schließlich wurde der fünfsitzige Turbinenhubschrauber SA 341 Gazelle in Polizeiausführung auf dem Flugplatz in Düsseldorf der Presse vorgestellt. Klar, auch hier war die »Streife« mit dabei. Diese Hubschrauber kosteten schon 790.000 DM pro Stück. Die »Gazelle« brachte es in dieser Version auf 261 km/h Höchstgeschwindigkeit. Sie hielt aber auch den Geschwindigkeitsweltrekord für Hubschrauber, der damals bei 312 km/h lag. Die »Streife« schrieb: »Die Kabine ist durch eine sinnvolle Konstruktion sehr schnell zum Transport eines Verletzten auf einer Standard-Krankenbahre umzurüsten, wobei sowohl für den Copiloten als auch für den begleitenden Arzt zur Betreuung während des Fluges noch ein Sitzplatz zur Verfügung steht.« Die Gazelle wurde nicht nur von der deutschen Polizei eingesetzt: »Neben den französischen und englischen Streitkräften hat auch die Regierung von Jugoslawien eine große Anzahl des Typs bestellt«, wusste die »Streife« zu berichten.



Aprilscherz mit »Elefantenweib«

Mit dieser kleinen Fotomontage erfreute die »Streife« ihre Leser im April 1968: Die Tausendsassas von der Fliegerstaffel hätten ein bei einem Zirkus »entlaufenes Elefantenweib« von der Autobahn abgedrängt und mit einer »Drogenrakete« betäubt. Dazu der passende Kommentar auf dem Verkehrsschild: »Damit müssen sie rechnen!« /// **Walter Liedtke**

Die ersten Tage in Kabul

Wolf Wewers über die Tücken des Lebens in der afghanischen Hauptstadt



Foto: Wolf Wewers

Im Winter 2011 war ich schon einmal hier, im Rahmen einer Betreuungsreise des Kriseninterventionsteams. Mein erster Aufenthalt dauerte aber nur wenige Tage. Jetzt ist Sommer 2012 und ich bin für ein ganzes Jahr abgeordnet worden, um den stellvertretenden afghanischen Innenminister im Rahmen seiner polizeilichen Aufgaben zu beraten.

Ein Jahr ist eine lange Zeit und ich bin sehr gespannt, was in dieser Zeit passieren wird – und ob es mir gefällt! Der erste Eindruck: Seit meinem letzten Besuch hat sich nicht viel verändert. Die Reize der Stadt bleiben auf dem Weg vom Flughafen zu meiner Unterkunft verborgen. Schönheit liegt zwar immer im Auge des Betrachters, aber ich kann mir nicht viele Betrachter vorstellen, denen es hier wirklich gefallen würde. Dabei hatte Kabul in früheren Jahren einen sehr guten Ruf als Sommerfrische für reiche Inder und Afghanen, die hier die angenehme Luft und das gute Klima genossen – aber das war vor dem sowjetischen Einmarsch und vor der Herrschaft der Taliban.

Heute ist die Armut der Menschen unübersehbar. Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Bettler, Kriegsversehrte, Behinderte, ärmliche Häuser und schlechte Straßen gehören zum alltäglichen Stadtbild. Das zeigt aber nur, wie nötig und wichtig internationale Hilfe ist und ich hoffe sehr, dass ich in den nächsten Monaten ein Teil dieser Hilfe sein werde.

Heute präsentiert sich die Stadt vor allem in Grau und Braun. Die Dunstwolke ist unübersehbar und die Kessellage trägt nicht dazu bei, dass die staubige Luft abzieht. Erst am Abend kommt manchmal etwas Wind auf und dann fällt das Atmen wieder leichter. Die Höhenlage von über 1.800 Metern ist für jemanden wie mich, der aus dem flachen Münsterland kommt und immer noch raucht, nicht angenehm. In den ersten zwei Wochen können schon zehn Treppenstufen eine echte Herausforderung sein, zumal wenn ich eine 15 Kilo schwere Schutzweste und noch einige andere Ausrüstungsgegenstände trage. Außerdem ist es ein Trugschluss zu glauben, dass die Temperaturen in der Höhe immer moderat wären. Das Thermometer steigt auch hier schon mal über 45 Grad Celsius. Dafür gibt es keine Probleme mit Mücken und anderen kleinen Raubtieren, die in den anderen Einsatzgebieten nicht nur lästig, sondern auch richtig gefährlich werden können.

Aber mit diesen Anfangsschwierigkeiten komme ich wie die anderen Kollegen mittlerweile gut klar. Viel trinken ist das oberste Gebot. Das ist einfach, wenn man es nur nicht vergisst, denn in allen internationalen Camps und Unterkünften stehen große Container mit Wasserflaschen zur Verfügung und man ist gut beraten, davon Gebrauch zu machen, auch wenn man keinen Durst hat.

Über die Stadt weiß ich sonst nur wenig zu berichten. Das liegt zum einen daran, dass das Stadtbild nur wenig Abwechslung bietet und ich auf meinen bisherigen Fahrten nur wenig gesehen habe, das einen zweiten Blick lohnen würde. Zum anderen sind meine Bewegungsmöglichkeiten auch sehr eingeschränkt: Meine Unterkunft liegt am Stadtrand – taktisch günstig in der Nähe des Flughafens und einiger Militärcamps, die ich häufiger dienstlich aufsuchen muss. Außerdem ist das Innenministerium, in dem ich mich viel aufhalte, auch



Wolf Wewers (rechts) im Kreis seiner internationalen Kollegen

nicht weit entfernt. »Nicht weit entfernt« bedeutet übrigens nicht, dass man auch schnell dort wäre. Eine Distanz von vier oder fünf Kilometern kann durchaus eine Stunde Fahrt (und manchmal auch mehr) bedeuten. Vieles ließe sich also auch zu Fuß erledigen – aber es bedarf wohl keiner Erläuterung, dass dies aus Sicherheitsgründen natürlich nicht möglich ist!

Jedenfalls ist der Aktionsradius sehr beschränkt – für andere Bereiche der Stadt gibt es vielfach überhaupt keine Fahrberechtigung. Wer den Verkehr in Kabul erst einmal kennengelernt hat, will aber auch nicht viel fahren. Denn die Straßen sind chronisch verstopft, wenn die Verhältnisse auch nicht mit Kairo oder Bangkok vergleichbar sind, aber schon aus dem kleinsten Unfall entsteht ein großer Stau. Wer fahren muss, ist gut beraten, den Verkehr noch deutlich vorausschauender als in Deutschland zu beobachten und mit allem zu rechnen. Um die eigene Gesundheit muss dabei aber kaum gefürchtet werden, denn die Fahrzeuge, mit denen EUPOL und GPPT unterwegs sind (Mercedes G 320 oder Mitsubishi Pajero), erfüllen die höchsten Qualitätsstandards. Bei der Beschleunigung und Verzögerung sind sie aber wegen ihrer immensen Panzerung etwas gewöhnungsbedürftig. Ein Unfall, vor allem mit Personenschaden, kann zu völlig unvorhersehbaren Reaktionen bei den Kabulern führen und schon deshalb ist es besser, besonders vorsichtig zu fahren.

Das klang jetzt zum Teil vielleicht nicht besonders motivierend, sich selbst für eine Auslandsmission in Afghanistan zu bewerben. Mag schon sein, aber es wäre unredlich zu verschweigen, womit man auch zu rechnen hat – und es gibt sicherlich noch mehr Negatives. Aber insgesamt gibt es deutlich mehr positive Aspekte, die die Missionsteilnahme sehr lohnenswert und interessant machen können.

Beim nächsten Mal werde ich etwas über die Unterbringungssituation berichten, die wirklich sehr gut ist. Bis dahin werden die Mitarbeiter des Dezernats 13 sicher sehr gern bereit sein, Fragen zu der Mission in Afghanistan und den dort möglichen Aufgaben zu beantworten. ///

Wolf Wewers



Tod eines Motorradfahrers Oberärztin Kerstin Mierau aus Paderborn berichtet

Ich bin aufgeregt. Denn 300 Berufsschüler warten auf meine Geschichte. Sie nehmen an einer »Crash Kurs NRW«-Veranstaltung teil, in der ihnen die Gefahren

des Straßenverkehrs nahegebracht werden sollen. Ich bin Anästhesistin im St. Vincenz-Krankenhaus in Paderborn und teile mir mit einigen Kollegen den Notarztdienst. Ich will den Schülern über einen Einsatz berichten, der mich emotional sehr berührt hat:

Mittwoch, 29. August. Ich habe heute 24-Stunden-Notdienst. 17.23 Uhr: Piep...piep... Die Meldung lautet: »Verkehrsunfall mit zwei verletzten Personen, Motorrad- und

17:29 – stabil

Radfahrer.« Der Notarztwagenfahrer, ein gut ausgebildeter Rettungsassistent, wartet bereits am Wagen. Ich steige ein und mit Blaulicht und Martinshorn fahren wir los. Über den Funk hören wir, dass bereits zwei Rettungswagen zur Unfallstelle unterwegs sind, um die Verletzten zu transportieren. Hoffentlich ist nichts Schlimmes passiert. Was ist, wenn doch? Welche sind die vom Unfallort nächstgelegenen Krankenhäuser? Wenn beide schwer verletzt sind, dann brauche ich einen zweiten Notarzt. Sechs Minuten später sind wir zur Stelle. Ich sehe einen Motorradfahrer auf der Straße liegen. Ein Rettungswagen ist bereits vor Ort. Ein Sanitäter und ein Rettungsassistent haben schon den Helm des Motorradfahrers abgenommen. Ich schätze den jungen Mann auf 20 Jahre. Er ist bewusstlos, sonst sehe ich auf den ersten Blick keine äußeren Verletzungen, ein gutes Zeichen. Das EKG zeigt, dass das Herz noch schlägt, aber er hat eine Schnappatmung. Das ist die Atmung, die man hat, kurz bevor man stirbt. Ich weiß, dass ich jetzt sofort handeln muss, wenn ich noch eine Chance haben will, sein Leben zu retten. Das Motorrad liegt weit entfernt auf dem Seitenstreifen. Wo ist der zweite Verletzte? Jemand muss auch nach ihm sehen. Ich kann hier aber jetzt nicht weg. Denn wenn dieser Junge nicht sofort ärztliche Hilfe bekommt, dann stirbt er.

Mein Fahrer verschafft sich einen Überblick und schaut, wo sich weitere Verletzte befinden. Ich selber bleibe bei dem Motorradfahrer und fühle seinen Puls, kann ihn aber nicht finden. Im EKG sehe ich aber noch eine Herzaktion. Wir müssen ihn wiederbeleben. Die Atmung ist gefährlich knapp. Wir müssen schnell handeln. Ich muss den Jungen beatmen. Vorher noch den Hals stabilisieren, vielleicht ist er gebrochen. Der Sanitäter fängt an,

regelmäßig auf den Brustkorb zu drücken, um den Herzschlag zu ersetzen. Fünf Zentimeter tief soll er drücken, 30 Mal, dann beatme ich zwei Mal. Das Ganze im Wechsel. Knack. Eine Rippe ist unter dem Druck gebrochen. Egal, weiter immer im Wechsel 30 Mal drücken, dann zwei Mal beatmen. Ich lege einen Zugang und gebe Infusionen und Adrenalin. Vielleicht liegt eine Blutung im Bauchraum vor, die ich nicht sehe oder eine Hirnblutung. Ich schaue in die Pupillen. Sie sind gleich groß, reagieren aber nicht auf Licht.

Die Situation spitzt sich zu – Daniel stirbt

»Hubschrauber?« brüllt jemand. »Ja«, schreie ich zurück: »Vielleicht muss es schnell gehen.« Mein Fahrer ist wieder da. Er war bei dem verletzten Fahrradfahrer. Dieser ist ansprechbar, ein zweiter Notarzt ist bereits unterwegs und müsste gleich bei ihm sein. Wieder volle Konzentration auf den Jungen. Ich platziere einen Beatmungsschlauch in seiner Luftröhre und schließe das Beatmungsgerät an. Das EKG zeigt keinen normalen Herzschlag mehr. Ich muss defibrillieren. Ich setze die Paddles auf den Brustkorb und verabsichere einen Stromschlag mit 220 Joule – wieder und wieder. Wie viel Zeit ist bereits vergangen? Zehn Minuten, weiter machen. Noch nicht aufgeben. Das Drücken auf den Brustkorb ist sehr anstrengend und ermüdend. Wir wechseln uns ab, jeder drückt zwei Minuten lang. Knack. Immer wieder. Das Geräusch und das Gefühl der brechenden Rippen ist fürchterlich. Ich lege einen zweiten Infusionszugang, mehr Adrenalin, mehr Infusionen, mehr Medikamente. Immer noch kein Puls zu tasten. Ich höre den Hubschrauber kommen. Nach 30 Minuten zeigt das EKG eine Nulllinie. Weitere Wiederbelebensversuche

machen keinen Sinn mehr. Wir brechen ab. Der junge Mann ist tot. Daniel wurde nur 21 Jahre alt. Ich fülle den Totenschein aus.

Schlimme Unfallfolgen für den Radfahrer

Über Funk höre ich, dass der Fahrradfahrer schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht wird, in dem ich arbeite. Später erfahre ich, dass der 55-jährige Familienvater selbst einen Sohn im Alter von Daniel hat. Soweit es die Zeit erlaubt, unterhalten wir uns. Der Tod des Motorradfahrers macht ihm schwer zu schaffen. Er wollte mit seinem Rad doch nur die Landstraße überqueren. Den jungen Mann hat er nicht gesehen. Plötzlich war das Motorrad da und er konnte nicht mehr ausweichen. Daniel ist zu schnell gefahren. Der 55-Jährige selbst wird nach mehreren Operationen an der gebrochenen Hüfte berufsunfähig bleiben und nie wieder richtig gehen können. Am Unfallort gibt es für mich nichts mehr zu tun. Ich melde mich bei der Leitstelle wieder einsatzbereit. Ich konnte nichts mehr für Daniel tun, alle medizinischen Maßnahmen konnten ihn nicht retten. Woran ist er gestorben: Genickbruch oder Hirnblutung?

Die Angehörigen brechen zusammen

19.35 Uhr: Piep...piep... Meldung: »Familie verkraftet Todesmitteilung nicht, ärztl. Unterstützung notwendig. Polizei vor Ort.«

Oh, nein. Damit habe ich nicht gerechnet. Was soll ich den Eltern sagen? Ich war dabei, als ihr Sohn gestorben ist. Alles, was ich versucht habe, konnte ihn nicht mehr lebendig machen. Werden sie wütend auf mich sein? In der Wohnung im zweiten Stock treffe ich den Vater von Daniel. Er weint, sagt, es sei seine Schuld. Er hat Daniel das Motorrad bezahlt. Ich fühle seinen Puls, sein Herzschlag ist viel zu schnell und sein Blutdruck viel zu hoch. >



17:44 – Schnappatmung



Oberärztin Dr. med. Kerstin Mierau,
St. Vincenz-Krankenhaus, Paderborn

Den Bruder von Daniel erkenne ich sofort, er ist jünger, vielleicht 17 Jahre alt und sieht Daniel sehr ähnlich. Er ist wie erstarrt und hyperventiliert. Er nimmt mich und seine Umgebung nicht wahr. Auf Ansprache reagiert er nicht. Er starrt durch mich hindurch. Eine Nachbarin ist bei ihm, die Mutter ist nicht zu Hause. Ich habe auch eine kleine Schwester; was für ein Alptraum, wenn sie in dieser Lage wäre.

Ich kann die beiden nicht alleine lassen. Hier in der Wohnung kann ich aber auch nicht viel tun. Hilft es, zu wissen, dass Daniel nicht gelitten hat, dass er sofort bewusstlos war? War das überhaupt so? Ich weiß es nicht. Ich nehme Vater und Sohn mit ins Krankenhaus. Ein Seelsorger wird sich um sie kümmern. Sie tun mir unglaublich leid. Ich denke an meine eigene Familie.

Crash Kurs – eine sinnvolle Erfahrung

Zum »Crash Kurs« bin ich zufällig gekommen. Ein Kollege hat mich angesprochen, dass noch Notärzte gesucht werden, die jungen Fahrern über ihre Erlebnisse berichten. »Wieder eine Lehrveranstaltung, die eh nichts bringt«, habe ich zuerst gedacht. Vor einer Gruppe von Halbstarcken aufzutreten, die einem auch noch zuhören sollen, ist eine ganz schöne Herausforderung. Ich bin schließlich keine

Lehrerin und habe so etwas nicht gelernt. Das Prinzip von »Crash Kurs NRW« funktioniert trotzdem.

»Crash Kurs NRW – Ich bin dabei um weitere schlimme Schicksale zu verhindern!«

Ich glaube, jeder im Auditorium hat gemerkt, wie aufgeregt ich war. Ich musste aber beim Erzählen nicht viel nachdenken. So wie sich die Bilder in meinem Kopf eingepägt hatten, so konnte ich mein schlimmes Erlebnis erzählen. Das war sehr authentisch. Daniel ist auch nach Jahren noch in meinem Kopf und ich muss aufpassen, dass mir nicht die Stimme versagt, wenn ich über die Begegnung mit dem Vater berichte. Jeder merkt, dass die Szene weder aus einem Film noch einem Computerspiel stammt. Einige der Berufsschüler kannten Daniel vielleicht oder wissen, von welchem Unfall ich rede. Die Nähe zu den Unfällen und die detaillierte Schilderung machen das Erfolgsgeheimnis von »Crash Kurs NRW« aus. Um weitere solcher Schicksale zu verhindern, bin ich dabei. ///
**Oberärztin Dr. med. Kerstin Mierau,
St. Vincenz-Krankenhaus, Paderborn**

17:58 – Nulllinie = Tod

Letzte Chance für Jugendliche »Kurve kriegen« im Polizeipräsidium Bielefeld

Heike Baumhöfner ist Sozialpädagogin und für das Projekt »Kurve kriegen« im Polizeipräsidium Bielefeld angestellt. Für die »Streife« berichtet sie aus ihrem Alltag.

Mein Arbeitstag beginnt mit der Morgenrunde des Kommissariats für Prävention und Opferschutz. Als Außenstehende fällt es mir anfangs schwer, der Besprechung zu folgen. Wofür steht KHK? Und was bedeutet Speicheln? Ach so: Einen Speicheltest abgeben, klar. Wieder ein neuer Eintrag für mein Polizeisprache-Vokabelheft. Schön, dass ich auch vom Polizeialltag etwas mitbekomme. Anfänglich gab es wohl Bedenken, wie Pädagogen und Polizisten zusammenpassen. Diese sind aber inzwischen verflogen. Nach anfänglichem Fremdeln auf beiden Seiten bin ich bei der Polizei angekommen. Meine Arbeit konzentriert sich auf Kinder, gegen die Strafanzeige gestellt wurde und denen eine kriminelle Karriere droht.

Ein solcher Kandidat für »Kurve kriegen« ist Marvin. Im Alter von zwölf Jahren hat er bereits eine prallgefüllte Akte: Fahrrad- und Ladendiebstähle, Sachbeschädigungen und Bedrohungen sind nur die Spitze des Eisbergs.

Bei der Kontaktaufnahme mit seiner Schule stellt sich heraus, dass er wegen Disziplinlosigkeit, Übergriffen auf Mitschüler und hoher Fehlzeiten gerade einen Schulwechsel vollzogen hat. Aber auch auf der neuen Schule ändere sich sein Verhalten nicht. Außerdem verleitete Marvin Mitschüler zum Schwänzen. Auch verprügelte er jüngere, ihm unbekannte Kinder.

Heute treffe ich mich mit ihm und seiner Mutter im Büro des Rektors der Hauptschule. Der Schulleiter teilt mit, dass Marvin auch diese Schule wieder verlassen muss. Er schlägt vor, den Jungen in einem Kinderwohnheim unterzubringen.

Marvin und seine Mutter lehnen diesen Gedanken allerdings strikt ab. Als Sozialpädagogin sehe ich ihn in einer Schule

für Erziehungshilfe oder einem Projekt für »Schulmüde« besser aufgehoben. Denn Marvins Problem sind nicht die Leistungen, sondern die Motivation, überhaupt zur Schule zu gehen. Er braucht einen strukturierten Tagesablauf, um wieder Spaß am Lernen zu entwickeln. In einem »Schulmüde-Projekt« geht das am besten. Dort würde er von Sozialarbeitern und Werkpraxisanleitern und -lehrern bei praktischen Arbeiten betreut.

Marvin hat sich mittlerweile wieder auf den Weg in den Unterricht gemacht. Wir hoffen, dass er dort auch ankommen wird. Seine Mutter begleitet mich in mein Büro. Sie ist verzweifelt und weint. Ich versuche, sie zu beruhigen und erkläre ihr die Vorschläge im Detail. Auch sie muss lernen, wie sie Marvin unterstützen kann. Nachdem ich sie verabschiedet habe, dokumentiere ich das Gespräch und führe Telefonate, auch das gehört zu meinem Job – ebenso wie der Austausch mit

anderen sozialen Einrichtungen.

Ein anderer Fall: Peter ist 15 Jahre alt. Auffällig wurde er durch Hausfriedensbruch, Körperverletzungen und sexuelle Belästigung. Im anstehenden Gerichtsverfahren ist mit Sozialstunden oder auch Freizeitarrest zu rechnen.

Bei einem gemeinsamen Gesprächstermin mit seiner Mutter, einem Mitarbeiter des Jugendamtes und der Jugendgerichtshilfe gibt Peter sich unbeeindruckt.

Fraglich ist, ob er auch vor Gericht weiterhin den »Coolen« spielen wird oder ob er die Maske ablegt.

Um weitere Straftaten zu vermeiden, habe ich mir für Peter etwas überlegt. Nach dem anstehenden Schulwechsel würde ich ihm gerne einen »Kurve kriegen«-Coach zur Seite stellen, um seine Sozialkompetenz und seine Stärken zu fördern. Peter findet die Idee gar nicht schlecht, er hat nur eine Bitte: Der Betreuer soll kein »alter Knochen« sein. Ein wichtiger Hinweis und >



Heike Baumhöfner, Sozialpädagogin und Henning Stiegmann, KHK

Sozialpädagogin Heike Baumhöfner, hier mit KHK Henning Stiegmann, betreut als pädagogische Fachkraft beim PP Bielefeld 13 Kinder und Jugendliche der Initiative. In der »Streife« berichtet sie aus ihrem Alltag mit den Kindern und auf der Wache. Die Schilderung zeigt die Vielfältigkeit und die Chancen der Initiative »Kurve kriegen« in der Praxis.

»Kurve kriegen« hat das Ziel, Jugendkriminalität durch frühe Hilfen zu verhindern, um spätere Strafen zu vermeiden. Zielgruppe sind in erster Linie sehr junge Täter und ihre Familien. Dafür werden in acht Behörden pädagogische Fachkräfte eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, individuelle Angebote für die Kinder zu erstellen und sie auf dem Weg in die Straffreiheit zu begleiten.

ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn nur wenn Peter sich öffnet, werden wir etwas erreichen können.

Nachmittags treffe ich mich mit einzelnen Sachbearbeitern des Jugendamtes. Ich nehme Akteneinsicht, um mich auf Erstgespräche mit Eltern und Kindern und die Konferenz des Fachkräfteteams in der nächsten Woche vorzubereiten. Dabei erfahre ich auch Einzelheiten über familiäre Hintergründe der Kinder und bereits

veranlasste Maßnahmen der Jugendhilfe. So kann ich mir ein genaues Bild machen, was bisher geschehen ist und welche Maßnahmen in Frage kommen.

Zurück im Büro dokumentiere ich die geführten Gespräche. Überraschend besucht mich der Bezirksdienstbeamte Schmitt. Er macht sich Sorgen um einen zehnjährigen Jungen, der in seiner Schule Büromaterial im Wert von 350 € geklaut hat und in seinem Wohnviertel

bereits mehrfach unangenehm aufgefallen ist. Vielleicht ein neuer Kandidat für »Kurve kriegen«? Die Polizeikollegen werden überprüfen, was die Jugendsachbearbeiter und die Computersysteme bereits über den Jungen wissen. Hat er eine »schlechte Prognose«, wird mit den Eltern ein Gespräch geführt und eine Teilnahme an »Kurve kriegen« nahegelegt. /// **Heike Baumhöfner, Sozialpädagogin, Henning Stiegmann, KHK**

Genau hinsehen bei islamistischem Terrorismus Ein Schulungsvideo klärt auf



Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Was kann jeder Einzelne dazu beitragen, einen Anschlag zu verhindern? Ein neues Schulungsvideo gibt Antworten.

Ein junger westeuropäischer Mann im Kaftan mit einem langen Bart am Steuer eines Autos, ein besorgter Vater auf einem Fußballplatz und zwei Polizeibeamte, die ein gestohlenen Autoradio zurückbringen. Was diese vier Personen verbindet? Sie alle sind Figuren in dem Schulungsvideo »Indikatoren zur Früherkennung islamistischer Terroristen«. Der 20-minütige Film sensibilisiert und zeigt, wie man bei der alltäglichen Arbeit Hinweise auf islamistisch-terroristische Aktivitäten finden kann. Er richtet sich an alle Polizeibeamtinnen und -beamte, die Kontakte zu Bürgern haben, sei es im Wach- und Wechseldienst oder bei der Kriminalpolizei. Er verdeutlicht, dass auch vermeintlich unwichtige

Anhaltspunkte für die Staatsschutzdienststellen eine relevante Information sein können. Im Herbst werden die rund 1.000 Kopien in ganz NRW verteilt. Jede Dienststelle, jede Wache wird das Schulungsvideo erhalten. Es kann zusammen mit den Begleitmaterialien im Dienstunterricht oder im Rahmen der Aus- und Fortbildung eingesetzt werden.

»In dem Film ist zu sehen, warum das Thema wichtig ist und was jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte tun kann«, fasst Dirk Druyen zusammen, der das Filmprojekt beim Landeskriminalamt NRW geleitet hat. So sind etwa zwei Polizeibeamte bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle zu sehen. Sie halten einen Kleinwagen an. Der Mann hinter dem Lenkrad trägt einen Bart und einen streng traditionellen Kaftan. Auf dem Bild seines Ausweises ist er glatt rasiert und westlich gekleidet. Als die Polizeibeamten sein Auto durchsuchen, finden sie seinen Reisepass, in dem sich mehrere Visa für Pakistan und Afghanistan befinden. »Natürlich fällt einem in der Realität nicht immer gleich der Reisepass in die Hände«, sagt Gregor Eisenmann lachend, der wesentlich an der Realisation beteiligt war. »Wir haben eben versucht, in den Beispielszenen so viele Verdachtsindikatoren wie möglich zu veranschaulichen.« Die Polizeibeamten im Film fertigen nach ihren Funden einen Beobachtungs- und Feststellungsbericht

an, in dem sie die gravierende Veränderung des Äußeren beschreiben und auf die ungewöhnlichen Reiseziele hinweisen. Dieser Bericht geht an die zuständige Staatsschutzdienststelle, für die er ein weiteres Mosaiksteinchen im Gesamtbild ist. Gemeinsam mit anderen Beobachtungs- und Feststellungsberichten sorgt er dafür, dass die Staatsschützer am Ende über umfassende Erkenntnisse verfügen.

Ausgangspunkt des Films ist das »Handlungskonzept der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen zur Früherkennung islamistischer Terroristen«. Projektleiter Dirk Druyen erklärt: »Der Film vermittelt die Inhalte des Handlungskonzepts kurz, knapp und verständlich. Er ist für die Praxis im täglichen Dienst gedacht und legt dar, wie wichtig es für die Staatsschutzdienststellen ist, dass Beobachtungs- und Feststellungsberichte geschrieben werden.« Der 52-Jährige betont aber auch, dass Muslime nicht unter Generalverdacht geraten dürfen, denn schließlich würde nur weniger als ein Prozent der Muslime in Nordrhein-Westfalen dem islamistischen Spektrum zugeordnet. Als Gedächtnisstütze können die Polizeibeamtinnen und -beamte nach der Vorführung einen Flyer mitnehmen, in dem die wichtigsten Verdachtsindikatoren noch einmal aufgezählt sind. Ein Begleitheft liefert weitere Hintergrundinformationen. /// **Katerina Breuer**

Auf den Spuren der Laute Sprechererkennung beim Landeskriminalamt NRW

Egal ob es Geräusche sind oder Gespräche, immer wenn bei Ermittlungen Fragen auftauchen, die etwas mit akustischen Signalen zu tun haben, sind die Sprecherkennner im Landeskriminalamt NRW gefragt.

Es sind nur einige kurze Sätze: Wann und wo das Geld deponiert werden soll. Eine Drohung, was ansonsten geschieht. Das alles mit einem starken slawischen Akzent. Dann hat der Erpresser eines großen Lebensmittelkonzerns auch schon wieder aufgelegt. Doch den Sachverständigen aus dem Teildezernat 54.3 Sprechererkennung, Tonträgerauswertung des Landeskriminalamtes NRW fällt noch etwas auf. Die Diphthonge »ei« und »au« spricht er als einzelne Laute aus. So sagt er statt »mein« »ming« und statt »aus« »us«. »So etwas ist typisch für Köln«, sagt Susanne Abeln, Sachverständige für Sprechererkennung und Tonträgerauswertung. Trotz des starken Akzents konnte der Erpresser vor den Experten nicht leugnen, wo er sein Deutsch gelernt hatte. Für die Ermittler war das ein wichtiger Hinweis. Nach seiner Festnahme stellte sich heraus: Der Kroatie hatte einige Jahre in Köln gelebt.

Spracheigenheiten heraushören

Schüsse, Schreie, hitzige Auseinandersetzungen, ein dumpfer Aufprall. »Zu unseren Aufgaben gehört alles, was forensisch mit Tönen zu tun hat«, sagt Susanne Abeln. In ihrer ein- bis dreijährigen Einarbeitung zum Sachverständigen lernen die studierten Sprachwissenschaftler die forensischen Bedingungen kennen. Durch die im Studium erworbene Fähigkeit des analytischen Hörens können sie wahrnehmen, ob das »i« weiter vorne gesprochen oder das »r« hinten oder vorne gerollt wird. »Wir hören nicht besser – nur anders«, erklärt sie. Mit Hilfe ihrer Ausbildung können sie das biologische Alter der Stimme



Marcus Niggemeier vom Landeskriminalamt NRW ist Sachverständiger für Sprechererkennung und Tonträgerauswertung.

bestimmen, bei einem Akzent sagen, aus welchem Sprachraum er stammt. Meist können sie bei Muttersprachlern bestimmen, in welcher Gegend die Person aufgewachsen ist, ob sie etwa aus dem ostfälischen oder ost-westfälischen Sprachraum stammt. Dabei muss der Täter keinen starken Dialekt sprechen. Eine regionale Färbung, wie sie die meisten Muttersprachler besitzen, reicht völlig aus. Es ist aber auch immer die Frage: Ist der Dialekt echt? »Dass Täter versuchen, sich mit einem Dialekt oder Akzent zu tarnen, kommt gar nicht einmal so selten vor«, weiß Marcus Niggemeier, ebenfalls Sachverständiger für Sprechererkennung und Tonträgerauswertung. Doch ein geschultes Ohr wie seines lässt sich nicht so leicht täuschen. Bei einem aufgesetzten Dialekt oder Akzent kommt irgendwann die eigentliche Sprechweise durch.

Viele Menschen ziehen im Laufe ihres Lebens um, nehmen Eigenheiten aus verschiedenen Sprachregionen an. Dann ist es schwierig zu sagen, woher sie kommen. Doch was die Stimmenanalysen erschwert, erleichtert den Stimmenvergleich.

Zwei Stimmen – eine Person?

Thema Drogenfahndung: Auf einer überwachten Telefonleitung ist eine Stimme zu hören. Sie gibt eine Uhrzeit für die

Übergabe von Heroin durch. Gehört diese Stimme dem Tatverdächtigen? Auch hier können die Sprecherkennner helfen. Sie hören sich die Stimme, die Sprache, die Sprechweise der anonymen Person an und gleichen sie mit anderen Aufnahmen von Tatverdächtigen ab. Wie artikuliert die Person die Vokale? Wie baut sie ihre Sätze? Beim Stimmenvergleich achten die forensischen Phonetiker auf verschiedenste Merkmale, die identisch oder unterschiedlich sein können. »Die Sprache ist äußerst komplex«, erläutert Marcus Niggemeier, der das Dezernat 54 kommissarisch leitet. »Eine Checkliste abzuarbeiten, würde da keinen Sinn machen, zumal die Merkmale eine unterschiedliche Gewichtung haben.« Eine durchschnittliche Tonfrequenz von 100 bis 120 Hertz weisen etwa die meisten deutschen Männer auf. »Wenn hingegen die männlichen Stimmen auf beiden Aufnahmen in ruhigem Zustand eine Tonfrequenz von 160 haben, dann wird es interessant«, sagt er.

Wer Eigenheiten aus verschiedenen Regionen übernommen oder gar einen Sprachfehler hat und stottert, macht es den Sprecherkennnern leichter. In ihren Gutachten arbeiten sie, wie viele andere Sachverständige auch, mit Wahrscheinlichkeiten. Die höchste Stufe lautet: Mit an Sicherheit grenzender

Wahrscheinlichkeit identisch. Susanne Abeln erklärt diese Aussage so: »Ich als Sachverständige kann mir keinen vernünftigen Zweifel vorstellen, warum dies nicht so sein sollte.« Doch häufig ist die Qualität der Aufnahme zu schlecht oder sie ist schlichtweg zu kurz, um zu einer derart sicheren Aussage zu gelangen. Dann gibt es Abstufungen nach unten.

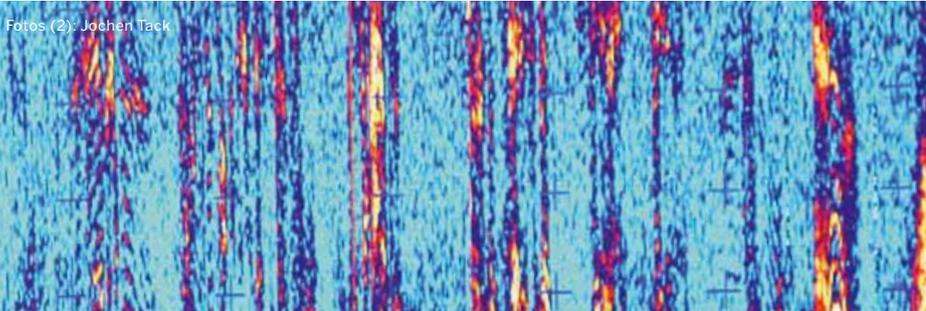
Beide können sich bei ihrer Arbeit auf langjährige Erfahrungen stützen. Susanne Abeln arbeitet seit 1996 in dem Teildezernat, Marcus Niggemeier seit 2002. Susanne Abeln hat Phonetik im Hauptfach studiert und wollte schon im zweiten Semester forensische Phonetikerin werden. »Es ist allerdings unmöglich, auf dieses Berufsbild hin zu studieren«, sagt sie.

Trotz der teilweise sehr belastenden Aufnahmen, gibt es immer wieder auch Vorgänge, die sie zum Schmunzeln bringen. »Es ist schon interessant, wenn man hört, wie ein 19-Jähriger zunächst nicht gerade wertschätzend mit seinen Freunden über seine »Perle« spricht, um ihn dann zwei Minuten später handzahn am Telefon mit der Freundin den gemeinsamen Fernsehabend planen zu hören«, erzählt Susanne Abeln.

Jeder geht an seine Vorgänge anders heran. So hört sich Susanne Abeln die Aufnahme zunächst über Lautsprecher an, um ein Gefühl für das Band zu bekommen. Marcus Niggemeier hingegen setzt direkt die Kopfhörer auf. Jeder hat unterschiedliche Lieblingsgebiete: Der 42-Jährige ach-

Wo es geht, versuchen die Sachverständigen, ihre Befunde im Gutachten anhand dieser Bilder zu verdeutlichen. Wie bei der Fernsehserie CSI funktioniert es aber nicht. Dort sitzen zwar noch Personen vor den Computern, doch werden sie nur benötigt, um die richtigen Knöpfe zu drücken. Den Rest macht der Rechner. »Bis so etwas möglicherweise klappt, wird es noch lange dauern«, sagt Marcus Niggemeier. »Bisher können Computer unter anderem die Situation nicht berücksichtigen. Doch die ist elementar wichtig. Eine Übereinstimmung in der Tonfrequenz kann nämlich zum Beispiel auf eine Nichtidentität der Personen hinweisen. Wenn der Täter etwa sehr aufgeregt ist, während der Sprecher auf dem Vergleichsmaterial völlig ruhig ist und beide die gleiche Tonfrequenz haben, deutet es eher darauf hin, dass auf dem Vergleichsmaterial nicht der Täter zu hören ist. Wer aufgeregt ist, spricht automatisch höher.« Dass CSI-Methoden wirklichkeitsfremd sind, hat der studierte Sprachwissenschaftler auch schon einem Richter gesagt, der diese unreflektiert als »Stand der Technik« angenommen hatte.

Beim Stimmenvergleich stehen den Experten ein anonymer Sprecher, der der Täter ist und ein Vergleichssprecher zur Verfügung. Das ist häufig ein Tatverdächtiger, der sich bereit erklärt hat, Vergleichsmaterial abzugeben. Wer Vergleichsmaterial aufzeichnen möchte, kann im Intrapol unter Kriminalität, Kriminaltechnik, Sprechererkennung nachlesen, wie es sich am besten anhören sollte. »Wer noch Fragen hat, kann uns auch gerne anrufen. Wir unterstützen gerne«, sagt Susanne Abeln. Es kommt vor, dass sich Personen weigern, Vergleichsmaterial abzugeben. Dann kann vorhandenes Material aus einer Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) als Vergleich dienen. Wenn der Tatverdächtige etwa zugibt, von den 90 aufgezeichneten Handy-Gesprächen 85 geführt zu haben und behauptet, bei den fünf Telefonaten, bei denen z. B. über Drogen gesprochen wurde, hätte er sein Handy verliehen, können die eingestandenen Telefonate als Vergleichsmaterial verwendet werden. »Bei schweren Taten kann ein Richter auch eine TKÜ anordnen«, erklärt Marcus Niggemeier.



»Die Wahrscheinlichkeit, dass eine der wenigen Stellen frei wird, ist verschwindend gering.« Nur vier Länder haben eigene Sprechererkenner in ihren Landeskriminalämtern. Für die anderen Länder übernimmt das Bundeskriminalamt die Aufgabe.

Man muss sich auch Morde und Vergewaltigungen anhören

Selbst nach vielen Jahren in ihrem Fach gehen den zwei forensischen Phonetikern Fälle noch immer unter die Haut, müssen sie sich doch auch solche der Schwerstkriminalität wie Mord, Totschlag oder sexuellen Missbrauch anhören. »Einige Fälle berühren einen besonders«, sagt Susanne Abeln und erinnert sich: »Eine junge Frau hatte sich mit ihrem Freund gestritten. Sie rief ihre Mutter an, die nicht zu Hause war. Auf ihrem Anrufbeantworter waren die Schreie der Frau zu hören, während ihr Lebensgefährte immer wieder mit dem Messer auf sie einstach.«

tet besonders gerne auf die Stimmqualität: Wie nasal spricht die Person oder wie rau ist die Stimme. Susanne Abeln hat ihren Schwerpunkt bei den Hesitationsphänomenen, die alle beim Sprechen machen, wenn sie kurz überlegen müssen. »Manche sagen ähm, andere räuspern sich oder öffnen kurz die Lippen, was ein leichtes Schmatzen ergibt«, erklärt sie.

Der Computer kann nicht alles

Manche der Phänomene, die die forensischen Phonetiker hören, können sie in einem Spektrogramm sichtbar machen, das Schallsignale in Kurven darstellt. Die 47-Jährige erinnert sich an einen Fall, bei dem eine Lehrerin auf ihrem Anrufbeantworter massiv bedroht wurde. Sie verdächtigte eine ihrer Schülerinnen. Als Susanne Abeln das Vergleichsmaterial hörte, konnte sie das Mädchen entlasten. »Bei den Drohanrufen konnte man beim Einatmen auch die Nase hören. Das war bei der Verdächtigen nicht der Fall«, erzählt sie. Im Spektrogramm konnte sie dies sichtbar machen.

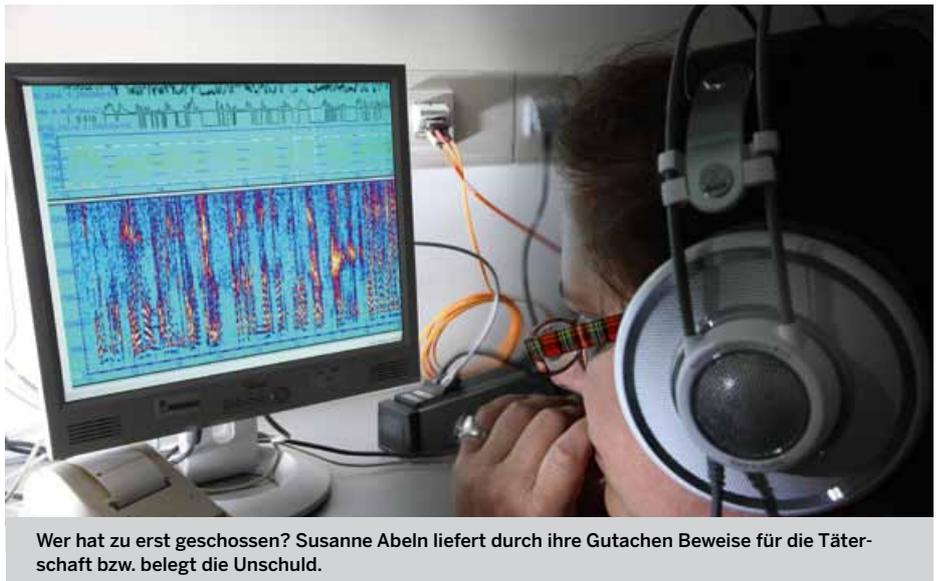
Schnelle Rückmeldung

In laufenden Ermittlungen reagieren die Sprechererkenner schnell. Wenn sie zum Beispiel einen Sprecher ausschließen können, geben sie auch schon einmal einen Zwischenbericht an die ermittelnden Beamten. Das Gutachten kommt dann später. Wie schnell ein Untersuchungsantrag bearbeitet wird, hängt von der Schwere des Deliktes und der Aktualität der Lage ab. »Aktuelle Tötungsdelikte oder Erpressungen bearbeiten wir natürlich direkt. Die Analyse bei Missbrauch von Notrufen muss da schon einmal zurückstehen«, erklärt Marcus Niggemeier.

Nicht immer ist es Sprache, die die zwei forensischen Phonetiker auswerten. Manchmal geht es auch um Hintergrundgeräusche. Etwa um einen Schuss. Handelt es sich um einen echten Schuss, kam er aus einem Fernseher oder ist es ein ganz anderes Geräusch, das sich nur so anhört. Manchmal lautet die Frage aber auch: Wer hat zuerst geschossen? Susanne Abeln erinnert sich an einen Banküberfall mit tragischem Ausgang. Die zwei Räuber hatten in Nikolauskostümen eine Sparkasse überfallen. Bei ihrer Flucht fielen sie zwei Polizeibeamten auf, die sie kontrollieren wollten. Es kam zu einem Schusswechsel, bei dem ein Täter getötet und ein Polizeibeamter schwer verletzt wurde. Der zweite Täter wurde kurz darauf verletzt gefasst. Auf dem Notruf eines Passanten war der Schusswechsel zu hören. Während die Polizeibeamten sagten, sie hätten in Notwehr geschossen, erklärte der überlebende Täter, die Polizei hätte zuerst geschossen. »Die Aufnahme des Geschehens war sehr schlecht. Wir konnten aber trotzdem im Spektrogramm sichtbar machen, dass das erste Schallereignis anders war als die Schussfolge danach. Der Richter wertete dies als einen Hinweis darauf, dass die Aussage der Polizeibeamten stimmt«, erklärt Susanne Abeln.

Aufnahmen verständlich machen

Neben dem Stimmenvergleich kommen bei den Sprechererkennern am häufigsten Anträge für eine Tonträgerauswertung auf den Schreibtisch. Dabei verbessern sie mit technischen Mitteln wie Filtern die Verständlichkeit der gesprochenen



Sprache. Wenn eine Fahrzeuginnenraumüberwachung etwa kaum zu verstehen ist, weil die Fenster offen sind und der Wind zu laut pfeift, können sie diesen mit Hilfe von Filtern reduzieren. »Wir können zwar störende Signale wegnehmen. Lücken füllen können wir aber nicht«, erklärt Marcus Niggemeier. »Wo Frequenzanteile fehlen, können wir leider auch nicht zaubern.«

Bei schweren Delikten setzen sie in diesen Fällen die phonetische Textanalyse ein. Dabei schreiben sie auf, was sie auf der Aufnahme hören und gegebenenfalls mit Hilfe einer spektrografischen Analyse sichtbar machen können. »Dieses Verfahren ist äußerst aufwändig«, sagt Marcus Niggemeier. »Um eine Minute zu rekonstruieren, brauchen wir mindestens zwei Stunden.« Bei diesem Verfahren arbeiten sie immer gemeinsam, denn das Gehirn ergänzt zum Verständnis selbstständig Wortteile und Lücken. »Von diesen auditiven Illusionen können wir uns auch nicht vollständig frei machen«, sagt der kommissarische Dezernatsleiter. Was im Alltag äußerst hilfreich ist, kann in diesem Fall zum Verhängnis werden.

Er erinnert sich an einen Fall. Eine Mutter stand unter dem Verdacht der Kindstötung. Im Laufe der mehrere Stunden dauernden Vernehmung meinten die Beamten gehört zu haben, dass sie gesagt hatte: »an die Wand«. Die Verletzungen des toten Kindes wiesen darauf hin, dass es mit dem Kopf an die Wand geschlagen worden war. Genau diese Aussage war auf

der Aufnahme aber nicht klar zu hören. Bei der phonetischen Textanalyse konnten die Experten an der Stelle nur ein »Wa« nachweisen. »Die spektrografische Analyse hat gezeigt, dass das »nd« bei Wand nicht auf dem Band war«, sagt er. »Es war also nicht nachweisbar, dass sie tatsächlich Wand gesagt hat.« Dieses Verfahren ist nicht immer zufriedenstellend für die Antragsteller. »Es kann passieren, dass die Ermittler mehr zu hören meinen als wir«, sagt er. »Wir schreiben nur auf, was tatsächlich auf der Aufnahme zu hören ist. Wenn wir uns an manchen Stellen nicht eingig sind, bleiben dort Lücken.« Für eine gute phonetische Textanalyse ist es zwar hilfreich, wenn sie umfangreiches Material bekommen, um sich in die Gesamtsituation einzufinden und in die Sprecher einzuhören, doch mehr als die wesentlichen drei bis vier Minuten rekonstruieren sie nur in wirklichen Ausnahmefällen. »Dieses Verfahren bindet die Kräfte einfach zu sehr«, erklärt Niggemeier. /// **Katerina Breuer**

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in der Türkei Ein Twinning-Projekt der Europäischen Union



Thomas Schulte, eigentlich Leiter des Dezernats ASTOK (Auswerte- und Analysestelle Organisierte Kriminalität) im Landeskriminalamt NRW, hat zwei Jahre als Langzeitberater für ein Twinning-Projekt der Europäischen Union zur Organisierten Kriminalität in Ankara gelebt. Der 46-Jährige spricht über die türkische Polizei, die Vorteile des Projektes und das Alltagsleben in Ankara.

Streife: Wie kann man sich die Arbeit eines Langzeitberaters in einem Twinning-Projekt vorstellen?

Schulte: Überraschend bürokratisch. Ich habe tatsächlich die meiste Zeit damit verbracht, die Berichte für die EU zu verfassen. Daneben habe ich die Lehrgänge vor Ort organisiert und mich auch des Öfteren als »Diplomat« betätigt, denn es war mehrfach nötig, zwischen den Ansprechpartnern der Europäischen Union und der Türkei zu vermitteln.

Streife: In welcher Sprache hat denn alles stattgefunden – sprechen Sie Türkisch?

Schulte: Leider nicht wirklich. Ich hatte zwar schon Erfahrungen in der Arbeit mit der Türkei, da ich 2006 ein Projekt zur Geldwäsche geleitet habe, bei dem die Türkei auch ein Partner war, doch mein Türkisch reicht gerade so, um in einem Restaurant etwas zu bestellen. Ich hatte zwei Vollzeit-Assistentinnen, die eigentlich sowohl für mich als auch für die Kollegen in den Lehrgängen deutsch-türkisch übersetzen sollten. Ihre Arbeitsbelastung war aber so hoch, dass sie nach einiger Zeit eigentlich nur noch in den Lehrgängen übersetzt haben. Ich habe mich dann auf Englisch verständigt.

Streife: Das Projekt ist von einer unabhängigen Firma im Auftrag der EU evaluiert worden und hat dabei sehr gut abgeschnitten. Was war Ihrer Meinung nach das Geheimnis des Erfolges?

Schulte: Ich denke, im Wesentlichen war es die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Wir haben versucht, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam die Dinge zu verbessern. Das hat sehr gut zur türkischen Kultur gepasst. Wichtig waren auch die türkischstämmigen Kollegen aus NRW, die den Unterricht auf Türkisch halten konnten und mit ihren kulturellen Kenntnissen ausgeholfen haben. Das hat zu einer sehr hohen Akzeptanz beigetragen.

Streife: Was war für Sie bei dem Projekt die größte Herausforderung?

Schulte: Gefordert war ich beispielsweise, wenn es darum ging, eine Brücke zwischen den Kulturen zu bauen: Oft musste man einen Kompromiss zwischen dem deutschen Hang zu Perfektionismus und der

türkischen Tendenz zur Improvisation finden. Am Ende haben wir unseren Perfektionismus etwas nach unten geschraubt und die türkischen Kollegen haben etwas mehr im Voraus organisiert. Damit waren dann alle zufrieden.

Streife: Was war bei dem Aufenthalt Ihr persönliches Highlight?

Schulte: Da gab es eigentlich zwei Dinge. Es war toll zu erleben, wie hoch das Interesse bei türkischen Führungskräften aus dem Bereich Organisierte Kriminalität an dem Projekt war. Bei einem Workshop stellten wir vor, welche Schwachstellen wir in zwei Pilotprovinzen angepackt haben. Von vielen Führungskräften haben wir die Rückmeldung bekommen, dass sie bedauern, dass wir nicht auch in ihrer Provinz agiert haben.

Mein zweites Highlight war die große Abschlussveranstaltung, bei der auch viele Medien anwesend waren. Eigentlich sollten dort der Leiter der türkischen Polizei und der Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann sprechen. Doch vier Tage vorher wurde beschlossen, dass aufgrund des großen Erfolgs des Projektes der türkische Innenminister sprechen wird. Und es kam die Anfrage, ob nicht auch der deutsche Innenminister sprechen könnte. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger konnte so kurzfristig natürlich nicht kommen. Das ist die türkische Spontanität.

Persönlich hat mich die Gastfreundlichkeit und die Verbundenheit der Türken mit den Deutschen begeistert. Ich bin überall sehr freundlich aufgenommen worden

und habe auch sehr viel Hilfe und Unterstützung etwa bei Behördengängen erhalten. Ich denke auch gerne an die Reaktion zurück, die kam, wenn ich gesagt habe, ich sei Deutscher. Häufig wurde mir dann auf die Schulter geklopft und gesagt: Dann bist du einer von uns. Die Türken fühlen sich mit den Deutschen sehr verbunden, denn in fast jeder Familie gibt es Verwandte, die in Deutschland leben oder gelebt haben.

Streife: Unterscheidet sich die türkische Polizei von der Polizei in Deutschland?

Schulte: Die türkische Polizei hat im Bereich Organisierte Kriminalität ein sehr hohes Niveau. Im technischen und rechtlichen Bereich gibt es keine großen Unterschiede. Die Datenschutzbestimmungen sind zum Teil sogar strenger als bei uns, sodass es etwa schwieriger ist, eine Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) zu schalten. Im Vergleich zur nordrhein-westfälischen Polizei weist die türkische Polizei zwar Schwächen in der Organisation auf, doch das machen die Mitarbeiter mit Fleiß und Engagement wieder wett. So habe ich auch dort Ermittler erlebt, die wochenlang über 14 oder 15 Stunden am Tag TKÜ protokolliert haben, ohne zu murren.

Streife: Wie profitiert die Polizei NRW von diesem Projekt?

Schulte: Nicht nur ich, sondern auch die vielen Mitarbeiter, die zu Schulungen vor Ort waren, haben nun ein viel besseres Verständnis für die türkische Kultur. Die türkische Polizei ist uns gegenüber sehr offen und ich denke, durch dieses Projekt können wir die Zusammenarbeit nachhaltig verbessern. Durch die Globalisierung der Organisierten Kriminalität ist es wichtig, persönliche Kontakte zu haben. Ein finanzieller Nachteil ist dem Land durch das Projekt übrigens nicht entstanden, da die Kosten für die Entsendung der Beamten von der EU erstattet wurden.

Streife: Wie hat Ihnen das Leben in Ankara gefallen?

Schulte: Sehr gut. Ankara unterscheidet sich kaum von einer anderen europäischen Großstadt. Sowohl ich als auch die angereisten Experten haben viele der



An der großen Abschlussveranstaltung in der Türkei nahm auch Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann teil (3. links außen).

Fotos (2): Thomas Schulte

bestehenden Vorurteile komplett revidiert. Die Türkei ist ein modernes Land, das sich sehr schnell nach vorne bewegt. Ich habe mich in Ankara sehr sicher gefühlt. Die Menschen sind sehr ehrlich und hilfsbereit. Wenn man seinen Geldbeutel liegen lässt, wird er einem quasi hinterher getragen. Wenn ich mal Probleme mit der Sprache hatte, hat sich immer sofort jemand gefunden, der übersetzt hat. Auch kulturell musste ich nichts vermissen. Ich konnte problemlos japanisch essen oder ins Kino gehen. Im Vergleich mit Deutschland ist die Mittelschicht allerdings sehr klein, während Ober- und Unterschicht viel größer sind. Höllisch aufpassen muss man, wenn man als Fußgänger unterwegs ist. Ampeln und Fußgängerüberwege werden in Ankara eher als Empfehlungen aufgefasst. Auch Auto zu fahren war sehr gewöhnungsbedürftig. Eine Erfahrung ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Als ich mich in einem Taxi angeschnallt habe, war der Fahrer beleidigt und hat gefragt, ob ich ihm denn nicht vertraue.

Streife: Ist es Ihnen leicht gefallen, sich in Deutschland wieder einzuleben?

Schulte: Ich bin seit Ende August wieder in Deutschland und muss mich insbesondere wieder an die deutsche Gründlichkeit gewöhnen. So muss ich mir etwa immer

wieder ins Gedächtnis rufen, dass ich hier nur noch auf ausgewiesenen Parkplätzen parken darf und nicht dort, wo Platz ist. Man lebt sich aber schnell wieder ein. ///

Katerina Breuer

Mit Twinning-Projekten möchte die Europäische Union anderen Staaten helfen, ihre Verwaltung den EU-Standards anzupassen. Twinning-Projekte werden von der Europäischen Union und zu einem kleinen Teil auch von dem Staat finanziert, in dem sie stattfinden. Bei dem Projekt mit der türkischen Nationalpolizei und Gendarmerie sollten die Fähigkeiten zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verbessert werden. Die Polizei NRW hatte sich zusammen mit dem Bundeskriminalamt für das Projekt beworben und den Zuschlag erhalten. In den vergangenen drei Jahren haben Mitarbeiter der Polizei NRW die Schwachstellen der türkischen Polizei im Bereich Organisierte Kriminalität analysiert, in zwei türkischen Provinzen erste Schwachstellen beseitigt und in 53 verschiedenen Lehrgängen 632 türkische Beamte in den Bereichen technische Überwachung, Telefonüberwachung und Cybercrime geschult.

Nichts motiviert so sehr, wie gemeinsam zu lachen Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann im Portrait



Fotos (2): Jochen Tack

Das Telefon klingelt: »Schürmann. – Ja ich weiß, die Vereinsverbote – ist die Gruppe 40 schon informiert? – OK – Nein. – 17 Uhr? Ja, das passt.«

Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann (56) legt auf und erläutert, dass es um die Verbote der rechtsextremistischen Kameradschaften geht, die am nächsten Tag vollzogen werden sollen. Um 17 Uhr stehe heute noch eine Besprechung der Gruppenleiter der Polizeiabteilung im Ministerium für Inneres und Kommunales an. Ich frage nach, ob wir das Interview besser verschieben sollen. »Auf keinen Fall«, ist die energische Antwort.

Dieter Schürmann sitzt in seinem Büro in der fünften Etage des Ministeriums und blickt nun nachdenklich. »Rechtsextremistische Straftaten sind weiterhin ein sehr bedeutender Themenschwerpunkt für uns«, erläutert er. »Dabei ist mir sehr wichtig, dass die Wahrnehmung der weiteren kriminalpolizeilichen Aufgaben der Polizeibehörden daneben nicht zu kurz kommt. Schauen wir - nur als aktuelle Beispiele - auf Straßen- und Massenkriminalität, auf Bandendelikte und Cybercrime. Die Kriminalitätskontrolle, und das heißt vor allem die professionelle Bearbeitung auch dieser Deliktsbereiche, ist von großer Bedeutung. Ob wir dabei erfolgreich oder weniger erfolgreich sind, prägt die objektive Sicherheitslage und vor allem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.«

Der gebürtige Westfale ist nun schon seit mehr als zwei Jahren der ranghöchste Kriminalbeamte des Landes. »Ich bin leidenschaftlicher Kriminalbeamter«, sagt Schürmann. »Allerdings sind die Herausforderungen an die Polizei insgesamt sehr

vielschichtig und anspruchsvoll. Das kann ein Direktionsbereich allein nicht leisten. Das schaffen wir nur, wenn alle Direktionen strategisch wie am Einzelfall abgestimmt zusammenarbeiten. Nur dann gibt es ein erfolgreiches Gesamtergebnis.« Schürmann lebt die Leidenschaft für seinen Beruf: »Mein Beruf nimmt schon einen außerordentlich großen Teil meines Lebens ein. Polizist zu sein ist eigentlich mehr Berufung als Beruf. Unsere Arbeit wird von unseren Bürgern, von der Gesellschaft und ebenso von Politik und Medien durchweg stark beachtet, aber auch sehr geachtet. Unsere Arbeit ist fordernd und erfüllend zugleich. Das gibt Berufszufriedenheit.«

Der Landeskriminaldirektor nimmt einen großen Schluck aus der Kaffeetasse. In Westfalen, im Ruhrgebiet und im Rheinland hat Schürmann schon gelebt, das heißt nach seinem Verständnis eben auch gearbeitet: »Ich bin dadurch vielen Regionen und den Bürgern unseres Landes eng verbunden, eben ein Nordrhein-Westfale durch und durch.« Aktuell liegt seine Heimat im Ruhrgebiet. »Das Ruhrgebiet hat mich privat und beruflich über viele Jahre ´tiefensozialisiert´«, schwärmt Schürmann. Für den Weg zwischen dem Ministerium und seinem Wohnort nutzt Schürmann häufig den öffentlichen Nahverkehr. »Ich würde die Strecke gern mit dem Rad fahren, aber das gäbe zeitliche Probleme.« »Mit dem Rad?«, frage ich überrascht zurück. »Ich weiß, sportlich erscheine ich immer erst auf den zweiten Blick«, sagt Schürmann vergnügt. »Ich brauche mein Rennrad und meine Joggingschuhe zur Entspannung. Allerdings auch, um die

Folgen eigener Koch- und Genussleidenschaften zu dämpfen.«

»Ich bin ein fröhlicher Mensch, ja. Die Funktion des Landeskriminaldirektors verbietet schließlich nicht das Lachen am Arbeitsplatz«, klärt mich Schürmann auf. »Im Gegenteil: Ich denke, wenn ein Vorgesetzter Spaß bei der Arbeit hat, überträgt sich das direkt auf seine Mitarbeiter. Nichts motiviert so sehr, wie gemeinsames Lachen.«

Bis 17 Uhr ist es nicht mehr lang, der nächste Termin wartet, doch Schürmann plaudert immer noch entspannt. »Natürlich gibt es hier im Ministerium nicht stets eitel Sonnenschein. Strenge Haushaltsvorgaben und knappe Personalressourcen stellen längst hohe Anforderungen an Organisation und Führung der Polizei. Höhere Gehälter, noch bessere Ausstattung – ich würde es jedem einzelnen Polizisten des Landes gönnen«, erläutert er und fügt mit offener Geste an: »Aber da

verlangt meine Funktion offene Kommunikation mit allen Kollegen: Wir sind nicht allein in der Landesverwaltung und nicht allein in der Gesellschaft. Bei allem Einsatz müssen wir einfach akzeptieren, dass die Grenzen des früher vielleicht stetigeren Zuwachses längst erreicht sind.« Schürmann wirkt nun nachdenklich. »Die polizeiliche Welt dreht sich immer schneller. Es gibt für uns weiter viel, ja sehr viel zu tun.« Sein Gesicht hellt sich sogleich wieder optimistisch auf, als er dann sagt: »Am Ende rückt doch oft gerade erst der Einsatz und die Arbeit der Polizei, erst vieles wieder ins rechte Licht und Gefüge! Das erwarten die Bürger zu Recht von uns. Daran müssen wir uns bei allen Herausforderungen und Widrigkeiten immer wieder erinnern«. Punktlandung, 17 Uhr: Dieter Schürmann verabschiedet sich mit einem festen Händedruck und macht sich auf den Weg zur Gruppenleitersitzung. ///

Alexander Prim

Frank Richter ist neuer Polizeipräsident in Hagen Der Polizist und Gewerkschafter folgt auf Ursula Steinhauer



Die Landesregierung beschloss die Berufung des bisherigen NRW-Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum 1. November. Er tritt damit die Nachfolge von Ursula Steinhauer an, die am 1. Oktober die neue Haushaltsbeauftragte des NRW-Innenministeriums ist.

Frank Richter wurde 1959 in Essen geboren. 1976 begann er seine Laufbahn bei der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen in Mülheim. Von 1995 bis 2004 engagierte er sich im Bezirkspersonalrat. 2005 wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei des Landesbezirks NRW gewählt.

Der 53-Jährige übernimmt die Aufgabe als Polizeipräsident der 540 Beschäftigten der Hagener Behörde. Dabei kann er auf seine langjährige Erfahrung als Polizist und Gewerkschafter zurückgreifen: »Als Kind des Ruhrgebiets freue ich mich ganz besonders, in Hagen arbeiten zu können. Hagen ist eine Stadt mit freundlichen Menschen und einer gut aufgestellten Polizei«, betonte Richter. Er will im Kampf gegen Jugendkriminalität neue Impulse setzen und auch das Präventionsprogramm »Kurve kriegen«, für das Hagen Modellregion ist, weiter ausbauen.



Personen v. l. n. r.: Benedikt Alberts – Polizeirat, PP Bonn, Detlev Boßbach – Polizeirat, LZPD, Philipp Bovensiepen – Polizeirat, PP Krefeld, Verena Mertens – Polizeirätin, LR Gütersloh, Susann Zschiesche – Polizeirätin, LR Steinfurt, Niko Jonk – Polizeirat, PP Recklinghausen, Bernd Röser – Polizeirat, LZPD, Andreas Schmitt – Polizeirat, LR Coesfeld, Colin Nierenz – Polizeirat, LZPD, Frank Schäfer – Polizeirat, PP Aachen, Mathias Stascheit – Polizeirat, PP Hagen, Markus Altenhöner – Polizeirat, LR Minden-Lübbecke, Uwe Reichel-Offermann – MIK NRW, stellvert. Abteilungsleiter »Polizei«, Christa Lübbers – Polizeirätin, LR Wesel

Verabschiedung Masterstudiengang 2010-2012

Sieben Ratsbewerberinnen und Ratsbewerber schlossen erfolgreich den Masterstudiengang »Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement« ab. Nach einer zweijährigen Förderphase und einem anschließenden zweijährigen Studium wurden die Studierenden in einer Feierstunde an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup vom stellvertretenden

Abteilungsleiter »Polizei« im MIK NRW, LMR Uwe Reichel-Offermann, verabschiedet. Gleichzeitig wurden zwei Polizeirätinnen und vier Polizeiräte, die eine zweijährige Einführungsphase im Rahmen des Direkteinstiegs in den höheren Polizeivollzugsdienst absolviert haben, in ihre Erstverwendung versetzt. ///

Joachim Valk, LAFP



Fotos (2): Jochen Tack

Theorie und Praxis finden zueinander Bachelor-Studiengang mit neuen Strukturen

Die Einführung des Bachelor-Studiengangs (BA) gilt innerhalb der Polizei NRW vielen noch immer als ein echter Quantensprung. Kaum vier Jahre sind seither vergangen. Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen wurde die Ausbildung nun umfassend reformiert. Der Praxisbezug der Polizeiausbildung in NRW bleibt aber auch nach der Reform erhalten.

Zum 1. September 2008 wurde die Ausbildung bei der Polizei in NRW komplett neu ausgerichtet. Das sorgte für viele neue Impulse und ein engeres Zusammenwirken zwischen der

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV), dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) und den ausbildenden Kreispolizeibehörden (Praxisbehörden).

»Ausgangspunkt für die tiefgreifenden Veränderungen war der sogenannte Bologna-Prozess, der zur Folge hatte, dass die Fachhochschulausbildung junger Polizeibeamtinnen und -beamten an international vergleichbare Strukturvorgaben angepasst wurde«, erinnert sich Polizeioberberater (POR) Jürgen Zeitner, der Sprecher des Fachbereiches Polizei an der FHöV über die Anfänge der Bachelor-Ausbildung. Das

bisherige Fachhochschulstudium zum Diplom-Verwaltungswirt wurde damals durch den Bachelor-Studiengang abgelöst. Das Ergebnis der notwendigen Veränderungen waren neue Strukturen, neue Themen und ein aufeinander abgestimmtes didaktisches Konzept. Die Ausbildung hat inzwischen viel Anerkennung gefunden. NRW war eines der ersten Bundesländer, die auf den Bachelor-Abschluss umgestellt haben. Im Jahre 1999 hatten sich die EU-Länder auf einer Konferenz in der italienischen Stadt Bologna darauf verständigt, Studiengänge zu schaffen, die vergleichbar in ihren Anforderungen sind und daher von >



allen EU-Ländern anerkannt werden. Ziel des Bachelor-Studiengangs ist unter anderem eine noch stärkere Praxisorientierung der Ausbildung.

Theorie, Training und Praxis

Der Bachelor für den Polizeidienst gliedert sich in die drei Teilbereiche Theorie, Training und Praxis (TTP). Die Theorie wird an der Fachhochschule vermittelt; die Trainings werden in den Bildungszentren des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) durchgeführt, während die Praxis in den einzelnen Behörden angesiedelt ist.

»Dieses Zusammenspiel bleibt auch nach unserer aktuellen Reform weiter erhalten«, bestätigt Jürgen Zeitner, der an dem neuerlichen Reformprozess der Bachelor-Ausbildung beteiligt war. »Durch die erforderliche turnusmäßige Überprüfung des Studienprogramms, die sogenannte Reakkreditierung, sind wir aufgefordert, ein Resümee zu ziehen«, erklärt Zeitner. »Das war eine willkommene

Gelegenheit, Erfahrungen auszuwerten und Optimierungen umzusetzen.« Einerseits haben schon zwei Jahrgänge die komplette Ausbildung durchlaufen und man konnte im laufenden Prozess vielfältige Erfahrungen machen. Andererseits haben sich auch die Anforderungen an die Ausbildung verändert – nicht zuletzt durch die deutlich gestiegene Zahl der Studierenden.

»Der laufende Studiengang ist ursprünglich einmal für 500 Studierende entwickelt worden«, erläutert Zeitner. »Das war schon bei der Einführung des Studiengangs durch die Entscheidung der damaligen Landesregierung, auf 1.100 Studierende aufzustocken, bereits überholt.« Die neuen Einstellungszahlen, die Innenminister Ralf Jäger bereits 2011 durchgesetzt hat und die auch in den nächsten Jahren vorgesehen sind, sehen eine Ausweitung auf 1.400 Studierende pro Einstellungsjahrgang vor. »Das aber kann mit der bestehenden Studienstruktur organisatorisch auf Dauer nicht bewältigt werden«, meint Zeitner. Er bringt damit auf den Punkt, was alle Verantwortlichen der Ausbildung in einer konzertierten Aktion zu der umfassenden Studienreform angetrieben hat.

Defizite wurden erkannt

Der BA-Studiengang, so wie er im Jahr 2008 eingeführt wurde, weist eine hohe Anzahl von Wechseln zwischen den Ausbildungsträgern, der FHÖV, dem LAFP NRW und den Ausbildungs- und Einstellungsbehörden auf, durch die dem Aufbauprinzip »Theorie, Training und Praxis« Rechnung getragen wird. Das ist mit einem hohen Organisationsaufwand verbunden. Eine der Nebenwirkungen: Da die Studierenden nicht mehr in den Bildungszentren des LAFP NRW untergebracht werden können, müssen sie zum Teil für kurze Zeit externe Unterkünfte anmieten.

Auch in den theoretischen Studienabschnitten litt der Studiengang in der praktischen Umsetzung unter Mängeln, da der didaktische Ansatz, die fachwissenschaftlichen Inhalte des Studiengangs an die Leitthemen (z. B. Häusliche Gewalt) zu knüpfen und damit eine praxisbezogene Ausrichtung des Studiums zu fördern, in der Lehrpraxis zu großen Schwierigkeiten geführt hat.

Die jetzt umgesetzte Reform des Studienganges berücksichtigt vielfältige Erfahrungen, die in den zurückliegenden vier Jahren gemacht werden konnten. »Dabei hat sich als wichtig erwiesen, dass der Studiengang von Beginn an evaluiert worden ist«, berichtet Zeitner. Hierbei sind einige Aspekte identifiziert worden, die sich in der Praxis nicht bewährt haben und bei der Novellierung geändert werden konnten.

Ein gutes Beispiel dafür ist die zu hohe Prüfungsdichte. In der theoretischen Lehre an der FHÖV führte die Leitthemenorientierung zu Schwierigkeiten. Einsatzanlässe wurden Fächern und Inhalten zugeordnet, die zum notwendigen Kompetenzerwerb der Studierenden beitragen sollten. Einzelne Disziplinen wurden über eine Vielzahl von Modulen mit jeweils kleinen Stundenansätzen verteilt. Ein roter Faden war für die Studierenden und Lehrenden in diesen Fächern nur schwer herzustellen. »Dieses didaktische und organisatorische Manko kann jetzt mit der Studienreform behoben werden«, sagt Zeitner.

Kompetenzzielorientierung

Die Leitthemenorientierung als Organisationsprinzip ist zugunsten einer stringenter Kompetenzzielorientierung aufgegeben worden, d. h. das neue didaktische Konzept ist auf die Kompetenzen ausgerichtet, die die künftigen Polizistinnen und Polizisten für ihre Praxis erwerben müssen. Diese werden differenziert nach Fachkompetenzen, Methodenkompetenzen sowie nach persönlichen und sozialen Kompetenzen. Die Projektgruppe zur Reform des Studienganges hat es sich nicht leicht gemacht. Immerhin bestand die einmalige Chance, grundsätzliche Veränderungen anzustoßen und die Reform nicht bloß an der Oberfläche zu belassen. Parallel zu organisatorischen Vereinfachungen wurden daher auch inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

- > Der Studiengang wird organisatorisch gestrafft. Die bislang 18 Wechsel der Studierenden von und zu Ausbildungsträgern konnten auf elf Wechsel reduziert werden (jeweils ohne Orientierungswoche und Kolloquium). Dies bedeutet einen deutlichen Zeitgewinn für das eigentliche Studium.
- > Zusätzlich werden durch die Bündelung der TSK (Trainings Soziale Kompetenzen) an der FHÖV NRW zwei aufwändig zu organisierende Wechsel von jeweils 1.400 Studierenden aus dem Training und aus der Praxis in die FHÖV und zurück überflüssig.
- > Die Trainingsblöcke konnten von fünf auf vier reduziert werden. Durch die verlängerten Blöcke werden auskömmliche Trainingsphasen für die Trainingsinhalte ermöglicht.
- > Durch den Verzicht auf die Einzelprüfungen im Training können zwölf Trainingstage gewonnen werden.
- > Die Praxisblöcke konnten von vier auf drei reduziert werden. Die verlängerten Praxisblöcke ermöglichen den Praxisbehörden, die hohe Anzahl von Studierenden in den Direktionen flexibel einzusetzen. Dadurch kann ein zielführendes Praktikum umgesetzt werden. Die Kurzpraktika von fünf Tagen sind gestrichen.

- > Der Einsatz der Lehrenden an der FHÖV kann nun durchgängig geplant werden.
- > Das Prüfungswesen wurde entschlackt: Einzelprüfungen werden künftig weitgehend durch dienstliche Bewertungen in den Trainingsmodulen ersetzt. Es gibt sie nur noch im Berufspraktischen Training (BPT). Die Zahl der Einzelprüfungen in der Praxis wurde von bisher elf auf zwei reduziert. Diese wurden in dienstliche Bewertungen integriert und die Durchführung den Anforderungen der Praxis angeglichen. »Dies wird gerade von den Ausbildern in der Praxis als eine ganz wesentliche Erleichterung erfahren«, bestätigt Jürgen Zeitner, »und kommt letztlich der Ausbildung der Studierenden selber wieder zu Gute.«

Ein weiterer Quantensprung

Jürgen Zeitner formuliert ein erstes Resümee der Studienreform: »Uns war von Anfang an klar, dass die Organisation des Studiums bei der Beteiligung von drei Ausbildungsträgern sehr komplex ist und mithin ihre Reform eine Mammutaufgabe darstellt.« Tatsächlich wurde der Versuch unternommen, alle Beteiligten mit ins Boot zu nehmen und die bisher gemachten Erfahrungen konstruktiv aufzugreifen.

»Was wir jetzt gemeinsam auf die Beine gestellt haben, kann sich sehen lassen. Es ist ein weiterer Quantensprung«, sagt Zeitner. Zumal von vorne herein berücksichtigt und anerkannt wurde, dass es unmöglich ist, einen Studienverlauf zu gestalten, der sämtliche organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Ausbildungsträgers vollständig berücksichtigt. »Insoweit haben die FHÖV NRW, das LAFP NRW und die Einstellungs- und Ausbildungsbehörden aus ihrer individuellen Sicht mit dem neuen Studiengang auch Belastungen zum Wohle der Studierenden auf sich genommen«, lobt Zeitner das Erreichte und gibt einen Ausblick in die

Zukunft: »Natürlich sind wir mit der Arbeit an der Studienorganisation und auch den didaktischen Prozessen längst nicht am Ende.«

Alle erforderlichen Änderungen der Studienordnung und der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (VAPPol II Bachelor) sind rechtzeitig mit Studienbeginn des Einstellungsjahrgangs 2012 zum 1. September 2012 in Kraft getreten, so dass der reformierte Studiengang im nächsten Jahr in die Reakkreditierung geht. »Jetzt gilt es, in der Umsetzungsphase durch eine systematische begleitende Evaluation festzustellen, wie sich der neue Studiengang bewährt und ob weitere Optimierungspotenziale identifiziert werden können«, sagt Zeitner. /// **Jörg Bockow**



Fotos (2): Jochen Tack

Alle waren in einem konstruktiven Prozess verbunden Sieben Jahre Zeit für sinnvolle Weiterentwicklungen

Die »Streife« sprach mit Dr. Ludger Schrapper, dem Präsidenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV), über die Reform des Bachelor-Studienganges »Polizeivollzugsdienst«.

Streife: Was war für Sie im zurückliegenden Reformprozess besonders bemerkenswert?

Schrapper: Das war die Bereitschaft aller Beteiligten, den Studiengang auf den Prüfstand zu stellen und dabei so offen wie vorbehaltlos mit Kritik umzugehen. Auch in unserem »alten« Bachelor steckten Herzblut und viele neue, gute Ideen. Aber das Bessere ist nun einmal der Feind des Guten. Ich finde, allen voran der Fachbereich, aber auch die übrigen Beteiligten, haben diese Herausforderung gemeistert.

Ein zweiter Punkt: Für die Reform war besonders wichtig, dass die beteiligten Akteure, also die Gremien der Fachhochschule, die Träger der praktischen Ausbildung, das Ministerium und last but not least die Berufsvertretungen der Polizei in einem konstruktiven Prozess eingebunden wurden. Hier mussten viele Bälle gleichzeitig in der Luft gehalten werden.



Streife: Welche Veränderungen waren für Sie persönlich besonders wichtig?

Schrapper: Besonders wichtig erscheinen mir die Verbesserungen im Bereich der Prüfungen. Das Thema ist eine Achillesferse aller Bachelor-Studiengänge, was auf die – für sich genommen gute und wichtige – Modularisierung des Studiums zurückzuführen ist. Insbesondere die Probleme bei den Prüfungen in der Praxis waren Anlass für harsche Kritik. Wir haben hier die Dinge vernünftig und mit Augenmaß weiterentwickelt.

Streife: Können Sie zukünftig für 1.400 Studierende in jedem Einstellungsjahrgang angemessene Rahmenbedingungen für das Studium bieten?

Schrapper: Es fällt nicht leicht, aber es muss sein. Der hohe Nachersatzbedarf der Polizei ist bekannt – da fallen noch ganz andere Zahlen als 1.400. Ich kann nur immer wieder daran erinnern, dass Investitionen in die Ausbildung auf eine langfristige Rendite angelegt sind. Dabei muss beachtet werden, dass eine Anpassung von Ausbildungskapazitäten an höhere Einstellungsjahrgänge immer eine gewisse Zeit braucht.

Die Strukturen sind sehr komplex. Es geht nicht nur schlicht um ein paar mehr Hörsäle – wobei selbst das schwierig ist. Wir müssen ein komplexes Zusammenspiel von theoretischer und praktischer Ausbildung mit drei Trägern organisieren. Dabei sind wir auf die Mitarbeit von hunderten von nebenamtlichen Dozenten angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist die Steigerung auf 1.400 Studierende eine Herausforderung für alle Träger der Ausbildung, nicht nur für die Fachhochschule.

Streife: Die Reakkreditierung des Studiengangs erfolgt 2013 und gilt dann für sieben Jahre. Kehrt jetzt Ruhe ein, oder rechnen Sie mit weiteren Veränderungen?

Schrapper: Gerade ein so ambitionierter Studiengang wie der zum Polizeivollzugsdienst ist so etwas wie ein lebendiger Organismus. Stillstand gibt es da nie. Die Reakkreditierungsfrist von sieben Jahren bedeutet auch nicht sieben Jahre Ruhe, sondern sieben Jahre Zeit für sinnvolle Weiterentwicklungen. Allerdings muss für die Studierenden und die Lehrenden auch eine gewisse Verlässlichkeit herrschen. Um im Bild zu bleiben: Eingriffe in einen lebendigen Organismus müssen wohl überlegt und gut begründbar sein – andernfalls sind sie lebensgefährlich. /// **Jörg Bockow**

SCHWACHSTELLEN ERKANNT WESENTLICHE VERBESSERUNGEN FÜR DAS FACHWISSENSCHAFTLICHE STUDIUM

Die Lehr- und Lernprozesse des Bachelor-Studiengangs zum gehobenen Polizeidienst in NRW wurden deutlich optimiert. Im novellierten Studiengang ist sichergestellt, dass die einzelnen Fächer in einem Studienabschnitt immer einem einzigen Modul zugeordnet sind und mit entsprechenden Stundenkontingenten durchgängig vermittelt werden können.

Der didaktische Ansatz, die fachwissenschaftlichen Inhalte des Studiengangs an die Leitthemen (z. B. Häusliche Gewalt) zu knüpfen und damit eine praxisbezogene Ausrichtung des Studiums zu fördern, ist das Organisationsprinzip des bisherigen Studiengangs. Dies hat in der Lehrpraxis zu großen Schwierigkeiten geführt.

Viele rechts- und sozialwissenschaftliche Fächer wurden bisher über eine Vielzahl von Modulen mit jeweils kleinen Stundenzahlen »verstreut«. Dies hat zum Teil dazu geführt, dass eine fachdidaktische Vermittlung der Inhalte erschwert wurde, z. B. weil den Studierenden im Einzelfall das notwendige Vorwissen fehlt, um die jeweiligen Inhalte thematisch einordnen zu können. Kleine Stundenzahlen verhindern außerdem, dass die Studierenden in den betroffenen Fächern das elementar wichtige begleitende Selbststudium organisieren können.

Bisher ist es in vielen Fällen auch nicht möglich, dass die im jeweiligen Leitthema vorgesehenen Inhalte zum genau richtigen Zeitpunkt und fächerübergreifend in der notwendigen

Reihenfolge vermittelt werden. Der Vorlesungsbetrieb ist ständigen Anpassungen und Verschiebungen unterworfen, die sich durch dienstliche Erfordernisse, aber auch persönlich bedingte Ausfälle der Lehrkräfte ergeben oder auch dem Umstand geschuldet sind, dass auf die Belange der nebenamtlich Lehrenden Rücksicht genommen werden muss (z. B. eine einsatzbedingte Verschiebung von Vorlesungen).

Im novellierten Studiengang werden diese erkannten Schwachstellen abgestellt. Dabei bleiben Leitthemen auf der Ebene der Studienabschnitte ein wichtiges Mittel, um die Verzahnung der fächerbezogenen Inhalte und den Praxisbezug zu fördern.

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
September	Orientierungswoche		Urlaub (4 Wochen)
Oktober	Grundstudium Theorie FHöV NRW (15 Wochen) inkl. TSK (Training Sozialer Kompetenzen)	Hauptstudium 1 Theorie FHöV NRW (16 Wochen)	Hauptstudium 2 Praxis Ausbildungsbehörden (12 Wochen)
November			
Dezember	Urlaub (2 Wochen)	Urlaub (2 Wochen)	Urlaub (2 Wochen)
Januar			
Februar	Grundstudium Theorie FHöV NRW (16 Wochen) inkl. TSK	Hauptstudium 1 Training LAFP NRW (7 Wochen)	Hauptstudium 3 Theorie FHöV NRW (8 Wochen)
März			
April		Hauptstudium 2 Theorie FHöV NRW (19 Wochen) inkl. TSK	Hauptstudium 3 Training (6 Wochen)
Mai	Grundstudium Training LAFP NRW (10 Wochen)		Thesis (7 Wochen)
Juni			Hauptstudium 3 Praxis Ausbildungsbehörden (6 Wochen)
Juli	Grundstudium Praxis Ausbildungsbehörden (5 Wochen)	Hauptstudium 2 Training LAFP NRW (8 Wochen)	Abschlusspraktikum Praxis (4 Wochen)
August	Urlaub (3 Wochen)		Urlaub (2 Wochen) Thesis, Kolloquium

Ausbildung oder Studium? Das duale Studium als Chance!

Sie suchen einen abwechslungsreichen, krisensicheren Beruf?

Sie möchten nach Ablauf universitärer Fachhochschulreife oder einer gleichwertigen Qualifikation studieren und gleichzeitig in die praktische Arbeitwelt einsteigen?

Die Vorzüge des dualen Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW:

- Beinhaltet Weiterstudium
- Regelstudienzeit 3 Jahre
- Studienbeginn jährlich zum 1. September
- Strikter Wechsel zwischen Theorie, Training und Praxis
- Einmaliger Laubbetrieb für den gehobenen Dienst und gleichzeitig
- Erwerb eines kompetenzorientierten Abschlusses (Bachelor of Arts - B. A.)
- Schaffung der Voraussetzungen zur Aufnahme eines Masterstudiums an allen deutschen und europäischen Hochschulen

Studium im Dualbetrieb (TTP): TTP bedeutet Theorie lernen, durch Training vertiefen und schließlich in der Praxis anzuwenden. Sie studieren also in einem stetigen Wechsel zwischen der FHöV NRW, den Bildungszentren der Polizei und den Ausbildungsstellen.

Studienorte, Bildungszentren und Ausbildungsstellen

Studienorte: Studienorte der FHöV NRW sind in Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Köln und Münster.

Bildungszentren: Die Trainingsorganisation des Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) an seinem Sitz in Solmi sowie in seinen Bildungszentren Brühl und Schloss Holte-Stukenbrock.

Ausbildungsstellen: Ausbildungsstellen sind die Polizeistellen in Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen, Köln und Münster. Sie werden hier durch erfahrene Tutorinnen und Tutoren betreut und lernen dadurch direkt ihr zukünftiges Arbeitsfeld kennen.

Studienvoraussetzung und Bewertung:

Zum Studium zugelassen werden können Bewerberinnen und Bewerber mit:

- allgemeiner Hochschulreife (Abitur)
- universitärer Fachhochschulreife (FHR) oder einer anderen gleichwertigen Qualifikation

Eine direkte »Einschreibung für ein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW ist nicht möglich.

Bewertung: Sie müssen sich zunächst um einen Ausbildungsplatz für das duale Studium »Polizeivollzugsdienst« (B. A.) bewerben und ein Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen. Unter www.fhv-nrw.de/studium erhalten Sie Informationen zu den Voraussetzungen zur Einmeldung in den Polizeibereich und zur Bewerbung.

Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte persönlich oder über die Homepage an Ihre örtliche Polizeibehörde:

www.polizei.nrw.de

Impressum: Der Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Hakenberg 12, 45894 Gelsenkirchen

www.fhv-nrw.de

Was kommt danach? Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst werden Sie als Polizeikommissarin/Polizeikommissar in einer Kreispolizeibehörde tätig. Verschiedene Aufgabenfelder bestehen u. a. in der Durchführung Gefahrenabwehr-Einsatz, Kriminalität und Verkehr.

Nach erfolgreicher und erfolgreicher Tätigkeit in der Probezeit eine Übernahme an Auswahlverfahren für die Zulassung zur Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst möglich.

Struktur des Studiums:

Das Studium besteht aus Modulen, die nach dem Prinzip »vom Allgemeinen zum Speziellen« aufgebaut sind. Im Grundstudium werden sicherheitsrelevante Grundlagen polizeilicher Arbeit vermittelt. Danach werden Sie sich in den Modulen des Hauptstudiums mit der alltäglichen Polizeiarbeit sowie mit besonderen Einsatzsituationen und Interventionen auseinandersetzen.

Theorie, Training und Praxis

Die Abfolge stand nie zur Disposition

Die »Streifen« sprach mit Dieter Schmidt, dem Direktor des Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) über die Veränderungen im Trainingsteil des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst.

Streifen: Herr Schmidt, als Direktor des LAFP tragen Sie die Verantwortung für die Trainings im Bachelorstudien-gang. Wie haben Sie den Reformprozess erlebt?

Schmidt: Die Zusammenarbeit der drei Bildungsträger war noch nie so gut wie seit Einführung der Bachelorausbildung im Jahr 2008. Die wiederkehrende Abfolge von Theorie, Training und Praxis erfordert eine enge Abstimmung. Auf dieser Grundlage haben wir es geschafft, die Inhalte der Ausbildung noch besser auf die Anforderungen in der Laufbahn des gehobenen Dienstes zu fokussieren und dabei die organisatorischen Probleme bei den Ausbildungsträgern zu berücksichtigen.

Die Streifen: Können Sie skizzieren, was sich im Training verändern wird?

Dieter Schmidt: Die Befragungen zu den Trainingsmodulen ergaben überwiegend positive Rückmeldungen. Es gab aber auch Schwachstellen, die wir mit unseren Reformen angegangen sind. Eine deutliche Veränderung ist die Abkehr von den Einzelprüfungen. Zurzeit werden zum Ende eines Modulabschnitts drei Arbeitstage für Einzelprüfungen mit einer 15-stufigen Notenskala aufgewandt. Die erzielte Note in einem Kernaufgabenbereich wird dann mathematisch auf alle Kernaufgabenbereiche übertragen. Dieses fragwürdige und Ressourcen vergeudende System haben wir abgeschafft.



Dieter Schmidt

Streifen: Was wird es anstelle der Einzelprüfungen geben?

Schmidt: Künftig erhalten die Studierenden nach jedem Trainingsmodul eine dienstliche Bewertung, ob das Training bestanden wurde oder nicht. Damit erfüllen wir unseren Auftrag, die Studierenden auf die Praxisphase vorzubereiten. Nur das Üben in einer angstfreien, nicht durch Notendruck geprägten Lernatmosphäre ermöglicht es den Studierenden, sich auszuprobieren und handlungssicher zu werden. Zusätzlich werden wir für jeden Studierenden einen Eignungs- und Befähigungsbericht fertigen, der die Tutorinnen und Tutoren in die Lage versetzt, individuell auf die Stärken und Schwächen des Einzelnen einzugehen.

»Inhaltlich haben wir unser Training noch gezielter auf die nachfolgenden Praxisphasen ausgerichtet.«

Streifen: Sie haben nicht nur Veränderungen vorgenommen, sondern Bewährtes erhalten.

Schmidt: Das ist richtig. Mir ist die Qualität der Ausbildung immer ein besonderes Anliegen gewesen. Das Training entwickelt die Einsatz- und Handlungskompetenz, die von der Praxis erwartet wird. Die Grundlage dafür ist

verhaltensorientiertes Lernen. Das gelingt nur durch eigenes und intensives Üben. Auf der Ebene der Lernziele bedeutet das, die Studierenden zu befähigen, Handlungsabläufe selbst zu organisieren und zu steuern sowie ihre Vorgehensweisen zu reflektieren.

Streifen: Wie erreichen Sie das Bildungsziel, dass die Studierenden lernen, rechtsstaatlich, bürgerorientiert und professionell einzuschreiten?

Schmidt: Das gelingt nur in Lerngruppen, die nicht zu groß sind. In die Übungssequenzen werden alle Studierenden mit ständig wechselnden Rollen, zum Beispiel als Einschreitende, Verkehrsteilnehmer, Geschädigte, Zeugen, Anzeigenerstatter und Beobachter aktiv mit einbezogen. Das Team der Lehrenden kann den Ablauf der Übung steuern, die Übenden intensiv beobachten und anschließend in der Feedbackrunde konkret und vertieft den Ablauf der Übung besprechen.

Nie zur Disposition stand für mich auch die Abfolge von Theorie, Training und Praxis, die sich aus meiner Sicht hervorragend bewährt hat. /// **Jörg Bockow**



Fotos (2): Jochen Tack

Lernen in realistischen Szenarien Das Praxistraining beim LAFP NRW in Selm-Bork

Im Eichenweg brennt ein Auto, auf der Carl-Severing-Straße wird eine alkoholierte Person von einem Pkw angefahren, im Birkenweg ruft eine junge Frau um Hilfe, weil sie von ihrem Ehemann geschlagen wird und ein Waldgebiet in der Nähe des Ostrings wird von Einsatzhundertschaften durchkämmt, die eine vermisste Frau suchen. Der Tatort ist immer Selm-Bork. Denn hier trainieren Kommissaranwärterinnen und -anwärter für ihre späteren Einsätze in der Praxis.

In den Bildungszentren Selm, Schloß Holte-Stukenbrock und Brühl bereiten die Lehrenden beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) die Studierenden auf die unterschiedlichen Einsatzanlässe vor, die sie später in ihrer Polizeiaufbahn erwarten. Die Studierenden lernen, ihr theoretisches Fachwissen, das sie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV NRW) erworben haben, in verschiedenen polizeilichen Alltagssituationen anzuwenden.

Die Rollenspiele sind so konzipiert, dass sie die Realität möglichst originalgetreu widerspiegeln.

Die Studierenden sind begeisterungsfähig und entwickeln auch eigene Ideen zur Einsatzbewältigung. Im Rahmen der Rückmelderunden werden die Erfahrungen ausgetauscht und durch die Lehrenden ergänzt oder korrigiert und somit gefestigt. Die Kommissaranwärterinnen und -anwärter erwerben so eine Handlungssicherheit, die sie befähigt, in den folgenden Praktika in ausgesuchten polizeilichen Lagen zu bestehen – dabei gilt immer der Grundsatz »vom Einfachen zum Schweren«.

In den Trainings im LAFP NRW werden neben den fachlichen auch die persönlich-sozialen Kompetenzen analysiert und gestärkt. Dabei geht es insbesondere um Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit und den Zusammenhalt in einer Gruppe.

Vor Aufnahme der Tätigkeit als Lehrende werden alle Kolleginnen und Kollegen in einem vierwöchigen Lehrgang von Pädagogen und geschulten Polizeibeamten

didaktisch vorbereitet. Sie lernen, selbstständig und kreativ Unterrichtssequenzen zu gestalten, Rollenspiele zu entwickeln und ihre eigene Rolle als Vorbild überzeugend wahrzunehmen. Sie können Trainerqualifikationen für das Fahr- und Sicherheitstraining oder einen Übungsleiterschein für das Sport- und Schwimmtraining erwerben. Zudem werden sie für das Training im Bereich Schieß- und Eingriffstechniken qualifiziert. All dies geschieht parallel zu den Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen Gefahrenabwehr/Einsatz, Kriminalitätskontrolle und Verkehrssicherheitsarbeit. Diese Fähigkeiten und Fertigkeiten werden im Laufe des ersten Jahres der Lehrtätigkeit durch ergänzende Coachings der Pädagogen gefestigt und weiterentwickelt.

Als Schnittstelle zwischen der theoretischen Ausbildung an der FHÖV NRW und dem Realeinsatz in der Praxis, wird dem Training auch in Zukunft eine zentrale Rolle im Rahmen der Ausbildung angehender Polizistinnen und Polizisten zukommen. // **Jörg Bockow**

Wir sorgen für einen hohen Praxisbezug Neuer Studiengang wurde bürokratisch entschlackt



Die »Streife« sprach mit Wolfgang Albers über die Verbesserungen bei den Ausbildungsbehörden für den Bachelor-Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Er ist Polizeipräsident von Köln und Sprecher der Einstellungs- und Ausbildungsbehörden.

Streife: Herr Albers, Sie waren in die Reform des Bachelor-Studienganges eingebunden. Wie fällt Ihr Resümee nach Abschluss der Vorbereitungen aus?

Albers: Viele Wünsche der ausbildenden Kreispolizeibehörden wurden umgesetzt: Der Studienverlauf wurde angepasst, die Zahl der Prüfungen wurde reduziert, die Dauer der Praktika verlängert und häufige Dienststellenwechsel werden künftig vermieden.

Unsere Kreispolizeibehörden sind einer der drei Bildungsträger der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst. Ich bin überzeugt, dass sie auch ein ganz wesentlicher Träger sind, denn im Wach- und Ermittlungsdienst vertiefen unsere Tutorinnen und Tutoren mit den Auszubildenden das Erlernte aus Theorie und Training und führen sie behutsam an den täglichen Polizeidienst.

Die Bachelor-Studiengänge haben europaweit unter anderem das Ziel, einen möglichst hohen Praxisbezug herzustellen. Das gilt auch für die Polizei. Ich bin mir sicher, dass dieser neu aufgelegte Studiengang dies tatsächlich leisten kann.

Streife: Gibt es unabhängig von Inhalt und Struktur des Studienganges aus Ihrer Sicht noch etwas herauszustellen?

Albers: Ich bin sehr erfreut über die hervorragende Zusammenarbeit aller Bildungsträger in diesem Verfahren. Die Erfahrungen, die wir in diesem Prozess gemacht haben, werden sich positiv auf die künftige Zusammenarbeit im praktischen Studienbetrieb auswirken. Die Verzahnung der Träger muss tatsächlich aktiv gelebt und nicht nur auf dem Papier festgeschrieben werden.

Streife: Sie blicken bereits positiv nach vorne. Gibt es dazu aus Sicht der Praxis noch mehr zu sagen?

Albers: Die verantwortlichen Fachleute sind sich sicher, den laufenden Studiengang stark optimiert zu haben. Das gilt sowohl für die spürbaren Auswirkungen auf unsere Auszubildenden und die Ausbildung insgesamt als auch für diejenigen, die in der Ausbildung tätig sind. Als Praxisverantwortlicher habe ich dabei naturgemäß die Ausbildungsleitungen und die Tutorinnen und Tutoren im Blick.

Der neue Studiengang wurde bürokratisch stark entschlackt, sodass – trotz 300 zusätzlicher Studierender – eine Entlastung der Ausbildungsleitungen zu verzeichnen sein wird. Je enger die Träger zukünftig zusammenarbeiten, desto mehr wird man sich gegenseitig entlasten.

Streife: Inwiefern profitieren die Ausbildungsbehörden von dem neuen Verlaufsplan?

Albers: Der neue Studienverlaufsplan gibt den ausbildenden Kreispolizeibehörden die notwendigen Spielräume. Dadurch wird die Ausbildung auch in unseren Praxisdienststellen leichter umzusetzen sein. Das war eines unserer wesentlichen Ziele, insbesondere auch mit dem Blick auf die 300 zusätzlichen Studierenden, die wir seit diesem Jahr haben.

Streife: Was wünschen Sie sich für die nähere Zukunft hinsichtlich der Veränderungen?

Albers: Für die Zukunft würde ich mich freuen, wenn wir es gemeinsam schaffen, unseren Tutorinnen und Tutoren vor Ort für diese zusätzliche und wichtige Aufgabe eine Anerkennung zu geben. Denn es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, diese Tätigkeit im belastenden polizeilichen Alltag mit hohem Engagement hervorragend auszufüllen. /// **Jörg Bockow**

Die Praxis steht im Vordergrund Der Aufwand bei den Prüfungen wird verringert

Die Reform des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst in NRW wird an vielen Stellen Vereinfachungen und Entlastungen bringen. So sollen die Tutorinnen und Tutoren ihre Aufgaben in den Dienststellen einfacher bewältigen können, weil einige Aufgaben gebündelt wurden oder gar wegfallen.

Das wird gerade im operativen Bereich wieder Luft für die normale Alltagsarbeit bringen, verspricht Ulrich Dengler, der für die Vorbereitung der Tutorinnen und Tutoren, der Prüferinnen und Prüfer sowie der örtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder verantwortlich ist und deren gesammelte Erfahrungen in die Studienreform einbringen konnte.

Im Rahmen des Bachelor-Studiengangs wurde bis 2011 für jeden einzelnen Studierenden eine Prüfungsakte geführt, die am Ende bis zu 60 Seiten stark werden konnte. Ab dem Einstellungsjahrgang 2012 schrumpft diese Akte auf etwa 20 Seiten. »Die Ausbildung wird dadurch nicht nur übersichtlicher, sondern auch deren Durchführung, die Abläufe, das Prüfungswesen und die Handhabung der Unterlagen werden erheblich vereinfacht«, erklärt Ulrich Dengler: »So wird es zukünftig im ersten Praktikum nur noch einen Teilnahmenachweis geben.« Im bisherigen Studiengang gab es einen Prüfungskatalog, der 25 einzelne Themen vorsah: Von der Einsatzvorbereitung über die Vernehmung von Beschuldigten bis hin zur Zwangsanwendung.



In den Praktika wurden früher die Einsätze aus diesem Katalog heraus bewertet. Das bedeutete, dass die Verantwortlichen vor Ort bei Abnahme der Prüfungen grundsätzlich darauf warten mussten, dass ein im Katalog vorgeschriebener Einsatzanlass eintrat. »Das war eine ungünstige Situation, weil man vielfach von äußeren Umständen abhängig war«, bestätigt Dengler.

Ab jetzt sind Prüfungen grundsätzlich im Wachdienst vorgesehen. Es gibt nur noch zwei Prüfungsbögen, die es ermöglichen, jeden erdenklichen Einsatz zu erfassen. Das sorgt gerade im Wachdienst auf der Straße für mehr Flexibilität und Freiräume. Ein wesentlicher Kritikpunkt der Tutorinnen und Tutoren soll damit beseitigt werden.

Ab 2012 gibt es während des Bachelor-Studiengangs nur noch drei Praktika, denn – vereinfacht ausgedrückt – die bisherigen Praktika P2 und P3 werden zusammengelegt. Für den Studienverlauf hat das zur Folge, dass es im zweiten Studienjahr keines gibt, dafür aber im dritten ein langes zwölfwöchiges Praktikum ansteht.

Es wird in zwei große Blöcke von acht Wochen Wach- und vier Wochen Ermittlungsdienst aufgeteilt. In dieses lange Praktikum werden für die Allgemeine Aufbauorganisation (AAO) in Theorie und Training nahezu fertig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in die Praxis geschickt, um dort den letzten Schliff zu erhalten. »Nach dieser Praxisphase gibt es an der Fachhochschule nur noch acht Wochen Theorie, in der komplexe Lagen der Besonderen Aufbauorganisationen (BAO) auf dem Plan stehen«, erläutert Dengler die Veränderungen. ///

Jörg Bockow



Lachen Helfen Initiative deutscher Soldaten und Polizisten für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten

Seit der Gründung des Vereins vor 16 Jahren konnte »Lachen Helfen e. V.« mehr als 500 Projekte realisieren. Hierfür wurden mehr als 2,5 Millionen Euro Spendengelder gesammelt, ein Großteil durch Benefizveranstaltungen und Zuwendungen deutscher Wirtschaftsunternehmen.

Im Einsatzgebiet der Bundeswehr und der deutschen Polizisten in Afghanistan fördert »Lachen Helfen« vor allem die Errichtung von Schulen und Basic Health Centern. In einem Land, in dem Analphabetentum ein sehr großes Problem darstellt, sind Investitionen in Bildung

und medizinische Einrichtungen nicht nur die beste Vorsorge gegen Armut, sondern auch gegen Fanatismus, Terrorismus und Gewalt. Alle Vereinsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich. Es entstehen keine Personalkosten, was eine Seltenheit gegenüber vielen anderen Hilfsorganisationen darstellt. Schirmherren des Vereins sind u. a. Verteidigungsminister de Maiziere und die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Mit den Projekten verknüpft »Lachen Helfen« auch die Hoffnung, dass die deutschen Soldaten und Polizisten nicht als Fremde, sondern als Partner betrachtet werden. Die finanzielle Unterstützung von »Lachen Helfen« ermöglicht, dass Polizeibeamte in den Missionsgebieten selbst aktiv werden und schnell und unkompliziert helfen können. Die ohnehin hohe Anerkennung der deutschen Soldaten und Polizisten wird bei der Bevölkerung so noch einmal gestärkt.

Mario-Keller-Schule

Eines der ersten großen Projekte des Vereins in Afghanistan war der Bau der Mario-Keller-Schule. Die Schule wurde im Norden Afghanistans im Gedenken an den Karlsruher Polizisten erbaut, der bei einem Anschlag in der Nähe von Kabul ums Leben kam. »Lachen Helfen« steuerte einen Großteil der für den Schulbau verwendeten Spendengelder bei. Auf der Suche nach Fördergeldern für die Schule wurde der damalige Leiter der Bundespolizeiinspektion Karlsruhe, EPHK Bernhard Lohner, 2008 auf den Verein aufmerksam. Ein Jahr später war er als erster Polizist Mitglied im Vorstand des Vereins.

Mit der Zeit engagierten sich immer mehr Polizisten bei »Lachen Helfen«. So führte die gute Kooperation zwischen Bundeswehr und Polizei bei Auslandseinsätzen letztendlich zu dem Entschluss, die Polizei auch organisatorisch in den Verein zu integrieren.

Abdul Hadi Dawi High School

Viele der im Ausland befindlichen deutschen Polizistinnen und Polizisten sind gegenwärtig beim »German Police Project Team« (GPPT) und in der »European Union Police Mission« (EUPOL) in Afghanistan eingesetzt. Eine große Anzahl von ihnen stammt aus NRW. Unter dem Eindruck der vielen bettelnden Kleinkinder und Straßenverkäufer entwickelte sich auch hier der Wunsch, zu helfen. »Die Kolleginnen und Kollegen haben immer wieder überlegt, wie wir als deutsche Polizisten den Kindern in Kabul helfen können. Die Deutsche Botschaft vermittelte uns dann den Kontakt zum afghanischen Bildungsministerium«, sagt Uwe Mainz, damaliger Kontingentsleiter der deutschen Polizisten bei EUPOL.

»So wurden wir auf die Abdul Hadi Dawi High School aufmerksam, die in unmittelbarer Nähe unserer Hauptquartiere liegt.«

Eine Besichtigung der Schule offenbarte den dringend notwendigen Sanierungsbedarf. In dem baufälligen Gebäude werden ca. 7.000 Schüler unterrichtet, deren Zukunft auch an die Qualität der Schule geknüpft ist. Im Frühjahr 2011 besichtigte auch Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei des Landes NRW, bei einer Betreuungsreise die Schule und sprach mit dem Schulleiter, der sich für die Hilfe von deutscher Seite bedankte.

»Lachen Helfen« organisiert ersten Kabuler Weihnachtsmarkt

Um weitere Gelder für die Reparaturarbeiten der Schule zu sammeln, planten die Polizisten den ersten Kabuler Weihnachtsmarkt auf dem Gelände der »EUPOL Afghanistan«. Die engagierten Helfer wurden durch den Besuch von mehr als 500 internationalen und afghanischen Gästen belohnt.

An den Ständen der internationalen Polizeikontingente konnten die Besucher landestypische Spezialitäten aus der jeweiligen Heimat der Kollegen genießen. Von den begeisterten Besuchern wurden Spenden gesammelt und so konnten sie sich am Ende des Tages über die gut gefüllten Sammelbüchsen freuen. Insgesamt konnten an diesem Tag etwa 7.000 Euro für die Abdul Hadi Dawi High School gesammelt werden. Zusätzlich hatte »Lachen Helfen« bereits im Vorfeld eine finanzielle Unterstützung von 50.000 Euro für die Schule versprochen.

Wie kann man direkt helfen?

Die wertvolle Arbeit des Vereins soll auch in Zukunft weitergehen. Hierfür braucht »Lachen Helfen« nicht nur die Unterstützung der Mitarbeiter, Kollegen und Beamten vor Ort. Auch aus der Heimat kann das Leid vieler Kinder gelindert werden. Eine Mitgliedschaft im Verein oder eine Geldspende jeglicher Größe trägt dazu bei, Kindern und Waisen eine Zukunft zu schenken. /// **Uwe Mainz**

ÜBER ZWEI MILLIONEN EURO GESPENDET

Insgesamt hat »Lachen Helfen« seit der Vereinsgründung mehr als 2,5 Millionen Euro Spendengelder eingenommen, meist durch Benefizkonzerte von Musikkorps der Bundeswehr, Zuwendungen von Firmen und Initiativen der Vereinsmitglieder in Deutschland und in den Einsatzgebieten.

»LACHEN HELFEN E. V.« AUF EINEN BLICK

- > Deutsche Polizisten helfen Kindern in Kriegs- und Krisengebieten
- > Schulen, Kindergärten und Waisenhäuser stehen im Fokus der Hilfsprojekte
- > Die Hilfe erfolgt direkt durch die im Krisengebiet eingesetzten Polizisten
- > »Lachen Helfen« stellt den Polizisten vor Ort finanzielle Mittel direkt zur Verfügung
- > Image- und Sicherheitsgewinn für Polizisten im Einsatzland
- > Seit 1996 über 500 Hilfsprojekte mit 2,5 Millionen Euro Spendengeldern verwirklicht
- > Über 90 Prozent der Spenden fließen in Hilfsprojekte

Deutsche Polizisten unterstützen seit 2009 Kinder in Kriegs- und Krisengebieten durch den Verein »Lachen Helfen e. V.« (www.lachen-helfen.de). Soldaten der Bundeswehr hatten den Verein 1996 während der Konflikte in Kroatien und Bosnien gegründet, um traumatisierten, verwundeten oder elternlosen Kindern wieder eine Perspektive zu bieten. Die zunächst spontane Hilfe brachte den Not leidenden Kindern das Lachen zurück – und so war auch die Namensgebung entschieden: »Lachen Helfen e. V. – Initiative deutscher Soldaten und Polizisten für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten«.

Körperlich fit und sportlich engagiert

Erfolge bei Europa- und Landesmeisterschaften

Ob bei den Radeuropameisterschaften der Polizei in Frankreich oder bei den Landesmeisterschaften im Frauenfußball und im Tennis – Polizeisportlerinnen und -sportler zeigten auch in den vergangenen Monaten, zu welchen Top-Leistungen sie fähig sind.

Bei den 7. Europäischen Polizeimeisterschaften im Radfahren, die vom 12. bis 17. September 2012 in Ploeren in der Bretagne (Frankreich) ausgetragen wurden, belegte das deutsche Team in der Gesamtwertung den ersten Platz unter 17 teilnehmenden Nationen. Zu diesem Erfolg haben Sportler aus NRW maßgeblich beigetragen. Mit dabei waren die Kommissaranwärtin Inge Roersch (PP Köln), Kommissaranwärter Christoph Schweizer (PP Aachen) als aktive Sportler und Kriminaloberkommissar Tom Hülser (PP Düsseldorf) als Teambetreuer.

Inge Roersch belegte beim Zeitfahren der Frauen Platz 8 in der Einzelwertung und Platz 4 in der Mannschaftswertung. Beim Straßenrennen erreichte sie Gold in der Mannschaftswertung und Platz 12 in der Einzelwertung.

Christoph Schweizer erreichte sowohl beim Zeitfahren als auch beim Straßenrennen der Männer Silber mit der Mannschaft und in der Einzelwertung einen fünften Platz bzw. sechsten Platz.

16. Polizeilandesmeisterschaften im Tennis

Der Polizeisportverein Münster richtete das Turnier Ende August in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Münster aus. In mehr als 140 Spielen wurden die Sieger in den einzelnen Altersklassen ermittelt. Insgesamt nahmen mehr als 100 Spielerinnen und Spieler aus 37 Polizeibehörden teil und ermittelten in neun einzelnen Disziplinen ihre Sieger.

Bei den Damen gewannen Silke Fischer und Frauke Eppert souverän ihre Finalspiele. Sie sind die amtierenden Doppeleuropameisterinnen und waren die »Mannschaft des Jahres« sowohl in NRW als auch in Deutschland. Dagegen war in den einzelnen Altersklassen der Herren doch die eine oder andere Überraschung zu verzeichnen. Bei der abschließenden Siegerehrung wurden die Ehrenpreise des Ministers für Inneres und Kommunales durch den Polizeisportbeauftragten des Landes NRW, Leitender Polizeidirektor Utz Schmidt, an Frauke Eppert vom PP Köln (Siegerin der

offenen Klasse Damen) und an Jan Niklas vom PP Wuppertal (Sieger bei den Herren in der Konkurrenz 30+) überreicht.

7. Polizeilandesmeisterschaft im Fußball der Frauen

Das Team vom PP Bonn ist Polizeilandesmeister im Fußball der Frauen 2012. Das Turnier fand Ende August im Grenzland-Stadion in Mönchengladbach statt. Über Vor- und Zwischenrunde qualifizierten sich die vier stärksten Teams für die Halbfinalspiele. Nach einem rheinischen Endspiel blieben die Frauen aus der Bundesstadt Bonn mit einem 1:0 Sieg gegen Titelverteidiger Köln die verdienten Siegerinnen. Das Team vom PP Düsseldorf konnte sich im kleinen Finale gegen eine Spielgemeinschaft aus den Polizeipräsidien Krefeld und Duisburg ebenfalls mit 1:0 durchsetzen und wurde Dritter. ///

Andrea Schaub, PSK NRW



SOAP – The Show Ein erfrischend-akrobatisches Badewannenspektakel

Was haben spektakuläre Akrobatiknummern mit herkömmlichen Badewannen zu tun? Mehr als man glaubt, denn mit »SOAP – The Show« machen die Regisseure Markus Pabst und Maximilian Rambaek das Badezimmer zur Bühne und bringen zusammen, was bisher unvereinbar schien: Akrobatik und Badewannen!

Das achtköpfige internationale Ensemble begeistert mit spektakulären, witzigen und poetischen Darbietungen – von wundervoller Akrobatik am Luftring über rasante Fußjonglage und gewagten Luftnummern an »Strapaten« bis zum Dance-Trapez. Darüber hinaus werden die Künstler das Publikum mit diversen Comedy- und Gesangseinlagen unterhalten. Wo Badewannen sind, darf Wasser natürlich nicht fehlen: Dank eines ausgefeilten Bühnenkonzepts wird spritzige Unterhaltung geboten: vom nassfröhlichen Wischmopp-Ballett bis zum Regenvorhang. Effektiv in Szene gesetzt wird das Ganze von einem imposanten Lichtdesign sowie einem extravaganten Soundtrack inklusive Live-Gesang.

Die Show hat weltweit bereits die Herzen von mehr als zwei Millionen Zuschauern erobert. Zwei Jahre lang wurde sie im Chamäleon-Theater Berlin gezeigt. Danach folgten Gastspiele in den Riverside Studios in London und im August 2010 auf dem Edinburgh Fringe Festival. Im Januar 2011 begeisterte SOAP im Sydney Opera House und ist seitdem auf Welttournee.

»SOAP – The Show« ist vom 6. November 2012 bis 6. Januar 2013 im Club des Capitol-Theaters in Düsseldorf zu sehen. Karten sind für 19,90 € bis 44,90 € (zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2 € Systemgebühr pro Ticket) erhältlich. Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der Kunden-PIN 2384 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Kartennettowert unter 0211 / 73 44 120.

Hautöffnung	▼	Schneidegerät	▼	Arrest	Haarbogen über dem Auge	kurz für: an dem	Ge-setzes-über-tretung	▼	Sucht; Besessenheit	Urbevölkerung Amerikas	Abschiedsgruß
Großmutter	▶			Sinnbild Bayerns	▶	▼	▼			▼	▼
Verbesserung des Bestehenden (Mz.)	▶		○4						Abk.: North Dakota	▶	
▶				rundes, bewegl. Sportgerät		Kruste, Borke	▶	○3			
Vogelbrutplatz	Sachvortrag		Tadel, Verweis	▶					germanisches Schriftzeichen		Ackergerät
Folge, Serie	▶				○5	Ausruf des Schmerzes	▶		Abk.: Rechtsanwälte	▶	▼
▶			Fischfanggerät	▶		Vorgefühl	▶				
Fragewort		Show	▶						Abk.: negativ	▶	
▶					nicht diese oder jene Windseife des Schiffes	▶				○2	
Geschriebenes visuell erfassen		Internetadresse (engl. Abk.)	▶						Auflösung des letzten Rätsels ■ E ■ Z ■ A ■ ■ ■ ■ ■ P ■ S ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ R ■ A ■ U ■ B ■ A ■ N ■ K ■ A ■ U ■ F ■ C ■ A ■ N ■ A ■ D ■ A ■ ■ I ■ G ■ E ■ S ■ P ■ A ■ N ■ N ■ L ■ E ■ H ■ R ■ E ■ R ■ I ■ N ■ S ■ T ■ I ■ L ■ L ■ P ■ I ■ D ■ E ■ ■ A ■ M ■ I ■ ■ R ■ U ■ A ■ E ■ H ■ R ■ E ■ G ■ D ■ A ■ S ■ V ■ E ■ R ■ F ■ A ■ L ■ L ■ P ■ R ■ A ■ E ■ S ■ E ■ N ■ S ■ ■ A ■ K ■ T ■ B ■ L ■ E ■ S ■ S ■ U ■ R ■ N ■ I ■ E ■ (1-6) Katzen		
▶			○1		®						
Hauptstadt der Bahamas		Abk.: elektron. Datenverarbeitung	▶		sl1212.1-1						

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---



Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für »SOAP« im Club des Capitol-Theaters in Düsseldorf. Um daran teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15. November einsenden an:
 Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion *Streife*, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 E-Mail: streife@mik.nrw.de
 Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse eingeben. Danke!

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Peter Bandermann, Heike Baumhöfner,
Simon Blümel (MIK), Dr. Jörg Bockow,
Katerina Breuer, Walter Liedtke,
Uwe Mainz (PP Oberhausen), Dr. Kerstin Mierau,
Alexander Prim (MIK), Andrea Schaub (PSK NRW),
Henning Stiegmann (PP Bielefeld),
Joachim Valk (LAFP), Wolf Wewers (MIK)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

NEONAZI-KAMER VERB

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen